

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

93/17

UNIVERSITÄTEN

Studentenproteste in Südafrika

INTERVIEW

Thuli Madonsela

APARTHEID UND ÖSTERREICH

Kritische Literatur aus den 60ern



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC:

- » Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
URL: <http://www.sadocc.at>
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- » Stadtspaziergänge „Afrikanisches Wien“
- » Projekt Jugendzentrum in Soweto

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960, IBAN AT70600000093009960, BIC BAWAATWW).

Mitarbeit bei SADOCC

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

SADOCC-Aktionsgruppe Südafrika:

Fundraising für Jugendzentrum in Soweto,
Wanderausstellung Nelson Mandela/Mandela-Tag Juli 2017
Kontakt: office@sadocc.at

Österreichische Namibia-Gesellschaft:

Unterstützung der Musikschule in Tsumeb
Kontakt: namibia@sadocc.at

Lesezirkel für afrikanische Literatur:

Diskussion afrikanischer Literatur – vorwiegend von erzählerischen Texten von Autor/inn/en aus Subsahara-Afrika, egal in welcher Originalsprache verfaßt, von denen deutsche Übersetzungen greifbar sind.
Kontakt: lotte.rieder@sadocc.at

Offenlegung: INDABA wird herausgegeben vom Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (SADOCC) in Wien (ZVR-Zahl 973735397) und bezweckt die Information und Diskussion über Entwicklungen im Südlichen Afrika. Dem Vereinsvorstand gehören an: Mag. Bernhard Bouzek, HK Lydia Dyk, Dr. Astrid Esterlus, Rudolf Koger, Dr. Jakob Krameritsch, Mag. Peter Kuthan, Dr. Johann Muraier, Dr. Birgit Reiter, Univ. Prof. Dr. Walter Sauer.

... Leserbeitrag ...

zu „Hamutenya verstorben“ (INDABA 92/16):

Mit großem Interesse habe ich den Nachruf auf Hidipo Hamutenya gelesen. Ich hatte mit ihm beruflich mehrere Jahre intensiv zu tun, nämlich in der Zeit, als er Sekretär für Information und Öffentlichkeitsarbeit der SWAPO war und ich Leiter des Mass Media Training Center in Lusaka (1985-1988), an dem ehemalige Freiheitskämpfer der SWAPO für die künftigen namibischen Medien ausgebildet wurden. Ich erinnere mich an viele interessante Gespräche mit Hidipo Hamutenya und habe ihn als eindrucksvolle Persönlichkeit mit vielen Gesichtern in Erinnerung.

*Prof. Dr. Gerhard Gensch
(ehem. UNESCO, bis 2015 Donau-Universität Krems)*

3 1968 in Südafrika?

Studentenunruhen haben die südafrikanischen Universitäten im letzten Jahr ins Chaos gestürzt. Folgen nun Reformen – oder bricht das höhere Bildungssystem zusammen?



Xenophobie in Südafrika **4**

11 Madonsela zu Südafrika

Als Public Protector hat sich Thuli Madonsela im Kampf gegen Korruption einen Namen gemacht. Im Interview mit Walter Sauer setzt sie auf Südafrikas Jugend

Namibias Umwelt-NGOs gegen China **14**

17 Schwarze in Mauthausen

Eine neue Studie geht den afrikanischen und karibischen Häftlingen im KZ Mauthausen nach. Ein Südafrikaner war darunter

ICC: Kolumne von Adalbert Krims **19**

20 In den Fängen der Apartheid

Simon Loidl über einen Fortsetzungsroman für Kinder über das Apartheidregime, erschienen 1959/60

Ein Weißer, der schwarz zu sehen lernte **23**

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Redaktion:** Simon Loidl, Peter Prinesdom, Walter Sauer. **Layout:** Elisabeth Koller. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Adalbert Krims, Simon Loidl, Peter Lykke Lind, Jean Pierre Misago/African Centre for Migration and Society, Mark Olalde/IPS, Lotte Rieder, Walter Sauer, Ulrich van der Heyden, Magdalena Waygand. **Fotos:** Alfred Klahr Gesellschaft, Matthias Breit, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW), Deutsches Historisches Museum Berlin, Museu d'Història de Catalunya, Mark Olalde/IPS, SADOCC, Magdalena Waygand, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 10. März 2017. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Shula Marks, London; Kirsten Rüther; Godwin Schuster.

Anfang vom Ende der ANC-Regierung?

Die Misere des südafrikanischen Universitätssystems

An den Universitäten der Republik Südafrika gärt es schon seit einigen Jahren. Der Kampf um die Abschaffung der Studiengebühren ist der Hauptgrund dafür. Zwar geben die strukturellen Probleme des höheren Bildungswesens genügend Anlaß für Unzufriedenheit, der großen Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung fällt es jedoch schwer, die Eskalation der Proteste nachzuvollziehen. Ulrich van der Heyden hat die Entwicklung 2016 in Südafrika miterlebt.

Allgemein ist bekannt, daß der Übergang von einer rassistischen Gesellschaft, die in Südafrika als Apartheid jahrzehntelang fest fundamementiert war, hin zu einer demokratischen Gesellschaft nicht leicht war. Der Prozeß ist nicht abgeschlossen. Die von dem legendären ersten schwarzen Präsidenten Südafrikas, Nelson Mandela, gesehene Vision einer Regenbogensnation ist gegenwärtig sogar so weit wie noch nie zuvor von ihrer Realisierung entfernt. Zu stark waren die politischen und sozialen Erschütterungen aus dem Erbe der Apartheid, zu groß die nicht eingelösten Erwartungen. Diese Enttäuschung macht um die Universitäten keinen Bogen.

Die mit der Beseitigung der Apartheid vor etwa 20 Jahren und der Errichtung einer rassismusfreien Gesellschaft einhergehenden Verunsicherungen im Hochschulwesen mit Umstrukturierungen, Reorganisation der Studienordnungen, Beseitigung der Rassenschranken,

Schaffung von Zugangsmöglichkeiten von „schwarzen“ und „farbigen“ Studenten für alle Studienfächer an „weißen“ Universitäten – mit nicht immernachvollziehbaren Maßnahmen zur *affirmative action* (Ersetzung „weißen“ Personals durch „nicht-weißes“) – waren vor einiger Zeit verebbt. In einigen Wissenschafts-



disziplinen konnten neue internationale Kooperationsbeziehungen aufgebaut werden. Fast das gesamte universitäre Führungspersonal ist im Sinne der zur Partei mutierten Befreiungsorganisation ANC ausgetauscht worden.

Nunmehr geht indes erneut ein tiefes Grummeln durch die Universitäten im Süden des afrikanischen Kontinents, von denen einige in früheren Zeiten im internationalen Maßstab gesehen zu den leistungsstärksten gehörten, wie die Universitäten in Stellenbosch und Kapstadt sowie die *University of the Witwatersrand* in Johannesburg.

Begonnen hatten die neuen Proteste an der Universität Kapstadt am 9. April 2015. Das dort in der Nähe existierende Denkmal für den Imperialisten Cecil Rhodes wurde zunächst mit Fäkalien beschmiert, dann umgestürzt. Das sollte laut politischen Gruppierungen wie *#RhodesMustFall* an die angeblich bis heute andauernde „europäische“ Beeinflussung des Studiums erinnern, zum Protest animieren und eine universitätspolitische Wandlung einleiten. Die Statue wurde entfernt. Diese Tat war der Anlaß für weitere Protestaktionen nicht nur an Südafrikas Universitäten.

Der Frust wegen des Verrates an den Idealen des Befreiungskampfes, der bei den Protestierenden immer wieder sicht- und hörbar wird, sollte sich freilich eher gegen die politische Führung des Landes richten als gegen die Universitäten, meinen nicht wenige Universitätslehrende. So erscheinen die Denkmalstürmereien eher als kontraproduktiv, ihre Akteure/innen müssen sich den Vorwurf des Vandalismus gefallen lassen. Der politische Anlaß, warum sich letztlich so viele Student/inn/en an den Protesten beteiligten, war die Erhöhung der Studiengebühren, für deren Rücknahme gekämpft wurde. Diese berechtigten sozialen Forderungen verblassen allerdings angesichts des sich ausbreitenden Vandalismus.



Befeuert wurden solche primitiven Aktionen durch Meinungsäußerungen des aktuellen Präsidenten Südafrikas, Jacob Zuma, der meinte, daß das Unglück Südafrikas mit dem Auftauchen der Europäer und deren ersten Ansiedlungen im Jahre 1652 begonnen hätte. Was kann man da von einer ungeduldigen schwarzen Jugend erwarten, deren soziale Situation sich seit Übernahme der Macht durch den ANC im Jahre 1994 in der Masse kaum verändert hat? Der Chef hat aufgezeigt, wer die Schuld an dem viel zu zähen Prozeß des Übergangs zur sozialen Absicherung der schwarzen

Xenophobie

Seit mehreren Wochen sehen wir in Johannesburg und Pretoria das Wiederaufleben der sogenannten „xenophobischen“ Gewalt. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Phänomen, das seit Jahren täglich auftritt, aber nicht immer die Aufmerksamkeit der Medien erregt. Und entgegen den Behauptungen der Regierung ging diese Gewalt nicht im Juni 2008 zu Ende, als die erste große Gewaltwelle gegen Ausländer abebbte. Wie die aktuellen Vorfälle belegen, ist Feindseligkeit gegen fremde Staatsbürger/innen vielmehr immer noch weit verbreitet. Folge davon sind Ermordungen, Diskriminierung, Drohungen mit Gewalt, Plünderung und Zerstörung von Häusern und Geschäften sowie massenhafte Vertreibung.

Und in der Tat: Diese Gewalt ist „xenophobisch“ und nicht einfach nur „normale Kriminalität“, wie viele Offizielle es gern haben würden. Es geht um Haß-Kriminalität, deren Logik über kriminellen Opportunismus – den es natürlich auch gibt – hinausgeht. Das wirkliche Motiv dieser Gewalt, wie es von den Tätern ja eindeutig ausgesprochen wird, ist es, Ausländer aus den lokalen Gemeinden hinauszudrängen. Schon eine schnelle Analyse zeigt, daß die anhaltende fremdenfeindliche Gewalt in Südafrika und das Fehlen von effizienten und präventiven Reaktionen den Mangel an kompetenter, entschiedener und verlässlicher Führungsstärke auf allen Ebenen von Regierung und Verwaltung widerspiegelt.

Die Hintermänner der „xenophobischen“ Gewalt sind vielfältig und in komplexer Weise eingebunden in historische und aktuelle Faktoren, politische, wirtschaftliche und soziale. Besonders maßgeblich für die immigrationseindliche Gesinnung ist offensichtlich das Bestreben, politische Sündenböcke für Probleme zu finden. Politiker/innen auf nationaler, Provinz- und lokaler Ebene machen oft ausländische Staatsbürger/innen für ihr systematisches Versagen verantwortlich, politische Versprechungen einzuhalten und den wachsenden Erwartungen der Menschen zu entsprechen.

Deshalb nehmen viele Südafrikaner/innen Ausländer als ernsthafte Bedrohung wahr, die durch alle erforderlichen Mittel beseitigt werden müsse. Diese Wahrnehmung ist unter der Einwohnerschaft in armen Townships und informellen Siedlungen stärker als anderswo, weil dieselbe heftig mit gleicherweise armen afrikanischen Immigrant/inn/en in Konkurrenz um beschränkte Ressourcen und Möglichkeiten stehen.

Dies führt dazu, daß die Bewohner/innen dieser Gebiete ausländische Bürger/innen für ihre sozio-ökonomischen Schwierigkeiten und Probleme

in Südafrika

verantwortlich machen, für Armut, Arbeitslosigkeit, schlechte kommunale Leistungen, Kriminalität, Prostitution, Drogen- und Alkoholmißbrauch sowie Seuchen.

Allerdings sind diese Einstellungen nicht allein verantwortlich für das Ausbrechen von Gewalt. In manchen Townships kommt es dazu, in anderen aber nicht. Genauere Forschung zeigt diesbezüglich auf, daß der auslösende Faktor nicht in den Gesinnungen der Menschen, sondern in der lokalen „Mikropolitik“ liegt.

Gewaltsame Attacken auf Ausländer/innen werden üblicherweise durch eine lokale Mobilisierung seitens lokaler wirtschaftlicher oder politischer Führungsgruppen ausgelöst, zugunsten eigener Interessen. Diese Gewalt ist also wesentlich „Politik mit anderen Mitteln“ – ein nützliches Instrument für diese Lokalgrößen, ihre eigene Machtposition zu zementieren und an jene Ressourcen heranzukommen, die sie brauchen, um sich damit die Loyalität ihrer Anhängerschaft zu erkaufen.

Jeder weiß, daß die offizielle Haltung der südafrikanischen Regierung darin besteht, Xenophobie und dadurch ausgelöste Gewalt abzustreiten und für sie „Kriminalität“ verantwortlich zu machen. Sowohl Präsident Jacob Zuma als auch Innenminister Malusi Gigaba haben das angesichts der aktuellen Entwicklung mehrfach getan. Verständlich – wäre die Existenz einer fremdenfeindlichen Bevölkerung doch ideologisch wie politisch unangenehm für den regierenden *African National Congress*, der sich als den Wächter einer diversen „Regenbogen-Nation“ und als Vorkämpfer von Menschenrechten und Einheit in Verschiedenheit sieht.

Die Folge davon aber ist, daß in Verbindung mit einem generell schwächeren Justizsystem eine alarmierende Kultur der Straflosigkeit und der Verantwortungslosigkeit entstanden ist. Zehntausende Ausländer/innen sind seit 1994 Opfer von gewaltsamen Attacken geworden, aber nur wenige Täter/innen wurden vor Gericht gestellt, noch weniger verurteilt.

In den lokalen Communities sind die Hintermänner und Täter xenophobischer Gewalt gut bekannt. Ihre de facto-Straflosigkeit aber bedeutet, daß sie – wie schon in vielen Fällen – wieder zuschlagen werden.

Jean Pierre Misago

(*African Centre for Migration and Society, University of the Witwatersrand*)

Bevölkerungsmehrheit trägt! Nicht die Korruption, der auffällige Machtmißbrauch, Neopatrimonialismus, die ungenügende Schulbildung oder die nicht zu bannende Kriminalität! Nein, die Weißen sind die Schuldigen! Diese beklagen indes einen zunehmenden „umgekehrten Rassismus“, der viele junge weiße Südafrikaner/innen, aber auch zunehmend Professor/inn/en, ins Ausland treibt, was für die Universitäten Südafrikas nicht nur einen Statusverlust bedeutet, sondern das Hoch- und Fachschulniveau schon jetzt merkbar geschwächt hat.

Umgekehrter Rassismus?

Kaum jemand der studentischen jungen Protestierer, in der überwiegenden Mehrheit Schwarze, erkennt, daß der Weg zur Existenzsicherung, zu politischem Einfluß und Wohlstand über Bildung erreicht wird. Für viele von ihnen sind die höchsten akademischen Ausbildungsinstitutionen immer noch in weißer Hand, obwohl dies schon seit Jahren nicht mehr zutrifft. So wurde in den letzten der noch teilweise in Afrikaans lehrenden Universitäten die Abschaffung dieser Unterrichtssprache, die neben anderen zehn eine offizielle Landessprache ist, gefordert. Dies ist der einzige Bezug zu den Schüler/innenunruhen von vor 40 Jahren, denn diese entzündeten sich damals an der Einführung von Afrikaans als Unterrichtssprache. An den Universitäten in Pretoria und in Stellenbosch ist man auf die Forderung der Protestierenden inzwischen eingegangen und hat Englisch als alleinige Unterrichtssprache verkündet. Viele Unterrichtsmaterialien liegen jedoch nur in Afrikaans vor. Studierende, die sich nicht an den Protesten beteiligen wollten, wurden unter Druck gesetzt, ja mit Gewaltanwendung bedroht, damit sie sich Streiks anschließen.

Inzwischen geht es oftmals nicht nur mehr um den Protest zur Abschaffung der Erhöhung der Studiengebühren, die für viele schwarze Familien unerschwinglich geworden sind. An so gut wie allen südafrikanischen Universitäten haben Studierende neuerdings angeblichen Rassismus aus-



gemacht. Das war der letzte Anlaß für gewaltsames Aufbegehren der Studentenschaft. Die Wut auf die vorgebliche „weiße Vorherrschaft“ führte an den Universitäten und selbst an Schulen zu Verbrennungen von Büchern und Insignien der „europäischen Bildung“, wie den in den Fluren hängenden alten, recht wertvollen Gemälde der Universität Kapstadt. Jedoch auch an fast allen anderen Universitäten und ebenso an einigen Colleges wurde randaliert, Bibliotheken abgefackelt oder verwüstet, Büros, Schulen und Internate in Brand gesteckt. Konnten dem Protest gegen die Erhöhung der Studiengebühren um bis zu acht Prozent, die je nach Hochschule bzw. Universität, Fachrichtung und Abschluß ohnehin schon zwischen 700 und 4000 Euro betragen, von der Mehrheit der Bevölkerung noch gewisse Sympathien entgegengebracht werden, fehlt für den Vandalismus vor allem innerhalb der Mittel- und

Oberschichten jedwedes Verständnis.

Wenngleich seit dem ersten Quartal 2016 ein Teil der studentischen Proteste sowie die Streiks der Angestellten landesweit zunächst zurückgegangen sind, flammte er doch an einigen Universitäten das gesamte Jahr über immer wieder einmal auf, zum Teil mit den bekannten Forderungen oder auch mit neu formulierten Ideen. So wurde etwa die Abschaffung von Prüfungen verlangt sowie der Studienvoraussetzungen, die man mit der Hochschulreife erlangt.

So unsinnig solche Forderungen auch erscheinen mögen, so muß man sich die realen Situationen an den Grundschulen vor Augen halten, aus denen solche Forderungen entstehen können. Denn laut Report des UN-Kinderhilfswerks UNICEF haben 27 Prozent der öffentlichen Schulen – vornehmlich auf dem Lande – kein fließendes Wasser, und 78 Prozent besitzen weder Bibliotheken noch Computer. Die im neuen Südafrika versäumten Reformen im Bildungssystem werden als ausschlaggebender Faktor für die Probleme bei der Überwindung der auf Rassenschranken beruhenden sozialen Ungleichheit von Fachleuten angesehen, die selbst nach mehr als zwei Jahrzehnten Überwindung der Apartheid noch immer stärker ausgeprägt sind als in den meisten anderen Ländern der Welt. Die Analphabetenrate liegt bei sieben Prozent. Die Schulgebühren werden für die Eltern immer höher, weil die Schulen stetig mehr Geld für Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der Kinder ausgeben müssen. Die andere Möglichkeit der Schulbildung ist der Besuch einer Privatschule, die vorwiegend von weißen Kindern besucht wird. 98 Prozent

von ihnen nehmen im Anschluß ein Universitäts- oder Hochschulstudium auf. Sie brauchen nicht solche unrealistischen Forderungen wie die erwähnten zu erheben, sodaß man unter den studentischen Protestierern kaum weiße Gesichter sieht. Derlei wie die genannten realitätsfernen und deshalb kaum glaubhaften studentischen Forderungen wurden explizit im Frühjahr 2016 mit dem Verfasser als Augenzeugen an der *Rhodes University* in Grahamstown erstmals erhoben. Wenngleich sich der dortige Uni-Präsident mit erhobenen Armen zwischen die zum Teil eine Spur des Vandalismus bei ihrem Protestmarsch über den Campus hinterlassenden Student/inn/en und die Polizei stellte, wurden von den Sicherheitskräften Schüsse abgegeben, Tränengas versprüht und von der anderen Seite flogen Steine. Diesen oder ähnlichen Forderungen sowie den lautstarken bis gewaltsamen Protestformen überdrüssig, reagierte

Soziale Ungleichheit ausgeprägt

hier der Staat wie auch an anderen Hochschuleinrichtungen zunehmend mit dem Einsatz von massiven Polizeikräften. Aus Sicherheitsgründen blieben häufig tagelang an den Universitäten die Bibliotheken, die Administration und die Büros der Lehrenden geschlossen. Unterricht fiel aus. Inzwischen sind so gut wie alle Universitäten des Landes mehrmals bis zu mehreren Wochen geschlossen worden, der Lehrbetrieb wurde eingestellt, Immatrikulationen und Prüfungen ausgesetzt.

Egal wie die bisherigen oder auch weiteren Proteste der Studierenden ausgehen werden – diese selbst sind es, die mittel- und langfristig den Schaden davontragen werden. Das Ausbildungsniveau wird weiter sinken. Alarmierende Anzeichen da-

für sind schon jetzt bemerkbar. So werden händeringend „nicht-weiße“ Doktorand/inn/en gesucht – und dies in allen akademischen Disziplinen. Auf eine Million Einwohner kommen in der Republik Südafrika derzeit nicht einmal 30 PhD-Absolventen. Zwar gibt es wohl



junge Menschen, die promovieren wollen, aber die haben die „falsche“ Hautfarbe. Denn viele Doktorandenstellen und Stipendien werden ausdrücklich für Schwarze ausgeschrieben. Solche Unterstützungsmaßnahmen sind auch bitter nötig, denn wie die letzten aktuellen Zahlen aussagen, hatten vor einigen Jahren 36 Prozent der Weißen, aber nur 8,3 Prozent der nichtweißen Bevölkerungsgruppen einen höheren Bildungsabschluß. Natürlich gelangen nichtweiße junge Leute nicht zuletzt durch die affirmative action in höhere und demzufolge besser bezahlte Positionen, immerhin hat sich eine schwarze Mittelschicht herausgebildet. Viele der qualifizierten Kandidat/inn/en gehen jedoch nach dem Studium lieber gleich in gut bezahlte Positionen in Industrie und Verwaltung bzw. kehren nach Auslandsstudien nicht wieder in ihr Heimatland zurück, statt an den Universitäten mit nicht so üppigen Gehältern zu lehren. So wird zwar die schwarze Mittel- und Oberklasse

gestärkt, aber nicht die Masse der sozial benachteiligten Bevölkerungsmehrheit.

Und Probleme an den südafrikanischen Universitäten gibt es mehr. Vor drei Jahren wurde nämlich festgestellt, daß etwa ein Viertel des akademischen

Personals an den Universitäten Südafrikas keinen Dokortitel besitzt. Das warf Fragen und Diskussionen in den Fakultäten auf, galt es doch etwa das Problem zu lösen, ob un-promovierte Professor/inn/en an den 17 Universitäten und sechs Technischen Hochschulen des Landes Forschungsurlaub erhalten sollten, damit

sie die Promotion nachholen können. Davon hängt ja die Frage ab, ob sie eine Dissertation betreuen dürfen oder nicht.

Versuche der Regierung, die Situation zu entspannen, brachten nicht viel. Anstatt die akademische Front zu stärken, wird an den Universitäten und Hochschulen am Kap der ineffektive Verwaltungsapparat ausgebaut. So soll es Universitäten in Südafrika geben, an denen der Anteil wissenschaftlicher Mitarbeiter/innen lediglich zwischen 15 und 20 Prozent beträgt. Da ein Verwaltungsbeamter Aufgaben braucht, um seine Stelle rechtfertigen zu können, werden immer wieder neue Vorschriften ersonnen, die die Forschung und die Lehre letztlich eher behindern als fördern. Zu dieser Einschätzung gelangten nicht nur heimische Kollegen, sondern auch aus dem Ausland angereiste Gäste aus Übersee, wenn sie zur Anmeldung von Tür zu Tür geschickt werden und den-

noch beispielsweise das vertraglich vereinbarte Gehalt nicht erhalten. Schlimmer noch: Sachkundige – wie Richard Pendfold – vermuten, daß das vom Ministerium bereitgestellte Geld in den Taschen von Angestellten des undurchsichtigen Verwaltungsapparats verschwindet. Eine solche Behandlung eingeladener Gastwissenschaftler/innen durch die Universitätsverwaltung spricht sich herum, gereicht der südafrikanischen Wissenschaft in all ihren Sparten nicht zum Vorteil und mindert deren internationale akademische Reputation. Im Sommer des vergangenen Jahres sind Berichte aufgetaucht, daß Tausende von Urkunden über Universitätsabschlüsse verkauft worden sind und noch immer werden.

Seit Ende des Jahres 2016 werden in der südafrikanischen Öffentlichkeit die Hinweise immer deutlicher, daß demnächst wieder mit Protestaktionen und Boykotts an den Universitäten zu rechnen ist. Erste befristete Universitätsschließungen hat es zu Beginn 2017 schon gegeben. Es nehmen die Meinungen zu, daß die Regierung zu schnell und zu unüberlegt den Rufen der streikenden und randalierenden Student/inn/en nach Rücknahme des Beschlusses der Erhebung der Studiengebühren für das vergangene Jahr nachgegeben hat. Die Folgen sind nämlich in den Kassen der Unis zu spüren. Sie stehen vor einer bisher nie dagewesenen finanziellen Krise. Einigen Universitätsbibliotheken sind Geldmittel von mehr als der Hälfte gestrichen worden, ganze Institute stehen vor der Auflösung. Fünf Universitäten sollen gänzlich pleite sein; einige sollen demnächst auf unbestimmte Zeit geschlossen werden, bei anderen werden Prüfungen und Immatrikulationen ausfallen.

Wie weiter mit den Universitäten?

Bei aller Sympathie für die sozialen Forderungen zur Abschaffung der Studiengebühren oder zumindest deren Minimierung sollte beachtet werden, daß sie existenzielle finanzielle Grundlagen für die Arbeit der Universitäten sind. Die *University of the Witwatersrand* finanziert sich beispielsweise zu 48 Prozent aus Studiengebühren.

Um Einsparungen vornehmen zu können, werden an allen Universitäten dem Personal Angebote zur Frühpensionierung gemacht, weitere weitreichende Sparmaßnahmen sind bereits beschlossen. So mancher Wissenschaftler befürchtet, daß dies für Forschung und Lehre, vor allem für die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit, erhebliche negative Folgen haben wird. Und auch für ihren Ruhestand, denn selbst die Pensionskassen stehen zur Diskussion.

Neben dem Erschrecken über die politische und finanzielle Misere an den Universitäten Südafrikas erschüttern die Gewaltmeldungen von den

Universitätscampussen die interessierte Öffentlichkeit. Als im hiesigen Sommer 2016 die Witwatersrand University in

Johannesburg nach Unruhen auf ihrem Gelände wieder eröffnet werden sollte, kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen der Protestierenden, die vermutlich nicht allein aus Studierenden bestanden, mit der Polizei. Gemeldet wurde, daß auch Anhänger der linksradikalen *Economic Freedom Fighters* unter den Protestlern gewesen sein sollen. Die Polizei setzte Tränengas, Gummigeschosse, Blendgranaten und Wasserwerfer ein, um Steinwerfer zu zerstreuen. Als Polizeihubschrauber den Campus überflogen, gingen einige Demonstranten in die Stadt und zündeten einen Bus an, mehrere Geschäfte

wurden geplündert. Ein Büro, in das Uni-Sicherheitskräfte eingesperrt worden waren, wurde in Brand gesetzt. Mehrere Tote sind zu beklagen. Gewaltsame Auseinandersetzungen gab es auch in Kapstadt und Bloemfontein. In Pretoria marschierten mehrere Tausend junge Studierende auf das Regierungsviertel zu, wo Sicherheitskräfte mit Wasserwerfern und Blendgranaten gegen sie vorgingen.

Nicht gerade Sympathien für die Protestler unter der weißen Bevölkerung und im Ausland rufen Bilder von vermutlichen Studenten hervor, die auf ihren Shirts Sprüche tragen wie „Fuck White Tears“ oder „Kill the Whites“.

Die an Südafrikas Universitäten studieren wollenden jungen Leute aus Europa und anderen Teilen der Welt, die es in der Vergangenheit in den Süden des schwarzen Kontinents gezogen hat, ebenso wie internationale Wissenschaftler – so wird befürchtet – werden in Zukunft dem Lande am Kap fernbleiben. Wer studieren und wissenschaftlich arbeiten will, kommt nicht mehr in den Süden Afrikas wie seit Mitte der 1990er Jahre, als nicht nur die Südafrikaner/innen selbst von der „Regenbogennation“ Nelson Mandelas träumten.

auch auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens hat sich Ernüchterung, ja Pessimismus und Lethargie breitgemacht. Die Universitäten sind hiervon nur ein Beispiel. Aber ein gravierendes, denn die Zukunft eines jeden Landes liegt in der Jugend und in ihrer Bildung. Aber, so heißt es in einer Analyse der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung

richtig: „Die Universitäten sind schwer beschädigt, da der Finanzausfall nicht durch den Staat aufgefangen wird und dies zu einer langfristigen Zerstörung akademischer Bildung in Südafrika führen kann.“ (Antje Schumann).



Gelöst werden kann die Misere an den südafrikanischen Universitäten und Hochschulen, so ist anzunehmen, nur im Zusammenhang mit der generellen Lösung der angehäuften politischen und ökonomischen Fragen. Wenn diese Probleme nicht bald in den Griff zu bekommen sind – so selbst Präsident Zuma in einer Rede zu Beginn des Jahres 2017 – steht das Wohl, ja die Existenz des Staates auf dem Spiel.

Prof. Dr. rer. pol. habil. & Dr. phil. & PhD (Grahamstown) Ulrich van der Heyden, Visiting Professor an der University of South Africa, Pretoria.

Im Text erwähnte Literaturhinweise:
Richard Pendfold, **Dishonorable reception for honored guest**, in: *Noseweek*, no. 194, Cape Town 2015, S. 16–17;
ders. **Kafka in Africa**, in: ebenda, no. 197, Cape Town 2016, S. 22–23;
Antje Schumann, **Deolonisierung von Südafrikas Universitäten. Studentenproteste dekonstruieren gesellschaftliche Normen** (=Standpunkte, Nr. 26), Berlin 2016, S. 4.

Sinnlose Gewalt

...spektrum...

Kein Austritt Südafrikas aus dem ICC. Anfang März hat Südafrika seinen Austritt aus dem *Internationalen Strafgerichtshof (International Criminal Court/ICC)* widerrufen, nachdem der *High Court* von Gauteng die ersten Schritte der Regierung dazu für verfassungswidrig und illegal erklärt hatte. Da der Beitritt zum Gerichtshof seinerzeit vom Parlament in Kapstadt ratifiziert worden wäre, so der Gerichtshof, müßte auch die Notifikation des Austritts von der Volksvertretung abgesegnet werden; dies sei allerdings nicht erfolgt.



Tagung des Internationalen Strafgerichtshofs

2016 hatte der stv. Justizminister Südafrikas, John Jeffery, den Austritt aus dem ICC damit begründet, daß der Gerichtshof einseitig gegen Afrika eingestellt sei und es hingenommen hätte, von einem einflußreichen Nicht-Mitgliedsstaat (nämlich den USA) gesteuert zu werden. Konkreter Anlaß dafür war die Debatte über den Südafrika-Besuch des Präsidenten des Sudan, Omar Hassan al-Bashir, dem vom ICC Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Völkermord vorgeworfen werden. Trotz des internationalen Haftbefehls von 2009 bzw. 2010 und einer südafrikanischen Anzeige während des Besuchs ermöglichte die Regierung dem umstrittenen Staatsgast die Ausreise bei Nacht und Nebel, was von vielen auf den Einfluß der Brüder

Gupta, die mit Bashir in Verbindung stehen, zurückgeführt wurde (zum Thema *State Capture* siehe S. 12 in diesem Heft).

Krise im südafrikanischen Sozialsystem. Ungefähr 16 Millionen Südafrikaner/innen leben von der staatlichen Sozialbeihilfe – jetzt aber macht sich Panik breit. Per Ende März läuft der Vertrag zwischen der Sozialagentur SASSA, die namens des Sozialministeriums für die Verwaltung zuständig ist, und der privaten Firma *Cash Paymaster Services (CPS)* aus, welche die monatlichen Auszahlungen durchführt. Bereits 2013 hatte der Verfassungsgerichtshof diesen Vertrag für ungültig erklärt und die Regierung beauftragt, einen Vertrag mit einer anderen Firma zu schließen. Nach wie vor weigert sich Sozialministerin Bathabile Dlamini jedoch – offenbar mit Deckung durch Präsident Zuma –, diesem Urteil nachzukommen. Sie kalkuliert offenbar damit, daß es politisch unmöglich wäre, die Zahlungen einzustellen. Nachdem keine Alternative gesucht wurde, scheint eine Verlängerung des Vertrags mit CPS derzeit faktisch die einzige Option.

CPS ist eine US-amerikanische Firma mit Verankerung in der neureichen schwarzen Elite, die vertragswidrig die persönlichen Daten der Grant-Empfänger/innen an ihren Mutterkonzern *Net1* weitergegeben hat (das veranlaßte seinerzeit das Einschreiten des Verfassungsgerichtshofs). Folge dessen waren zahlreiche Werbezusendungen an die Handynummern der Betroffenen, insbesondere von Finanzdienstleistern, die angeblich günstige Kredite anboten. Viele kaum bemittelte Menschen nahmen diese Angebote an und verstrickten sich dadurch immer tiefer in private Schulden, die durch automatische Abzüge von der

Regierungsunterstützung abgezahlt werden. Ob und an wen darüber hinaus „Begünstigungen“ aus dem CPS-Deal geflossen sind, ist derzeit unbekannt.

Südafrikas Oberster Richter Mogoeng Mogoeng hat von SASSA ultimativ per 14. März eine Erklärung zum aktuellen Stand gefordert. SASSA-Geschäftsführer Thokozani Magwaza ließ in einem Interview durchblicken, daß ihm die Ministerin öffentliche Äußerungen zum Thema untersagt hätte – eine offene Mißachtung des Verfassungsgerichtshofes und ein klarer Verstoß gegen die Umverteilungsrhetorik des ANC. Dlamini zählt zu den stärksten Unterstützern des Präsidenten im Kabinett und dürfte sich auch für dessen geschiedene Frau Nkosazana Dlamini-Zuma als potentielle Nachfolgerin stark machen.

Südafrika zum Wiedereintritt Marokkos in die Afrikanische Union. 33 Jahre nach seinem Austritt aus der damaligen Organisation für Afrikanische Einheit wurde Marokko Ende Jänner wieder feierlich in die AU aufgenommen, als nunmehr 55. Mitglied der Organisation. Der seinerzeitige Rückzug war aus Protest gegen die Anerkennung der Saharaischen Arabischen Demokratischen Republik, die nach wie vor gegen die völkerrechtlich illegale Besetzung der Westsahara durch das Königreich kämpft, durch die OAU erfolgt. Seitens der Unabhängigkeitsbewegung Polisario wird befürchtet, die Wiederaufnahme Marokkos könnte zur Erosion der traditionellen afrikanischen Unterstützung führen. Auch Vertreter des südafrikanischen Außenministeriums teilten inoffiziell diese Einschätzung.

Der umstrittene AU-Beschluß erfolgte mit einer großen Stimmenmehrheit (39 von 54). Vorangegangen war eine umfassende Charmeoffensive

Marokkos unter Einschluß von Staatsbesuchen von König Mohamed VI., größeren Handels- und Investitionsabkommen wie Verträge zum Bau einer Düngemittelfabrik in Äthiopien oder zur Errichtung einer Erdgaspipeline zwischen Nigeria und Europa. Darüber hinaus erwartet sich die Afrikanische Union, deren Budget derzeit zu 72% von USA und EU-Mitgliedsstaaten bezahlt wird, hohe Mitgliedsbeiträge und somit eine Verringerung der Abhängigkeit von außerafrikanischen Instanzen.

Angesichts der traditionellen Unterstützung Pretorias für die Sache der Unabhängigkeit der Westsahara schrieb der einflußreiche *Daily Maverick* von einer diplomatischen Niederlage Südafrikas gegen Marokko.

Namibischer Genozid-Streit.

Während die deutsch-namibischen Verhandlungen über eine Entschuldigung der BRD für den Völkermord von 1904 an den Herero und Nama und entsprechende Wiedergutmachungsleistungen (INDABA 91/16) nicht wie vorgesehen mit Jahresende abgeschlossen wurden, nehmen die damit verbundenen politischen Probleme zu. Anfang Dezember 2016 verließen Vertreter/innen der entsprechenden Opfergemeinschaften unter Protest eine Verhandlungsrunde in der deutschen Botschaft in Windhoek, weil der deutsche Sondervermittler Ruprecht Polenz darauf bestand, das durch Deutsche verursachte Leid im Holocaust sei nicht mit dem im Kolonialkrieg 1904-08 vergleichbar. Diese Sichtweise sei „*unsensibel und arrogant*“, erklärte Ida Hoffmann, Vorsitzende des Nama-Genozid-Komitees im Anschluß. „*Heißt das, daß das Töten von Nama und Ovaherero nichts ist im Vergleich zum Töten eines Juden? Das kommt wieder darauf zurück, daß schwarze Leben nichts zählen*“, so die

Parlamentsabgeordnete. Die Aussage von Polenz nannte sie „*ein Zeichen von offenkundigem Rassismus*“.

Einige Wochen später reichten die traditionellen Vertretungen der Ovaherero und Nama eine Klage gegen Deutschland bei einem Bundesgericht in New York ein. Wie der Paramount Chief der Ovaherero, Advocate Vekuii Rukoro, und der Vorsitzende der *Nama Traditional Authority*, Chief David Frederick, erklärten, erwarteten sie sich nichts mehr vom diplomatischen Vorgehen ihrer Regierung. Eher würde die Rechtsprechung in den Vereinigten Staaten den Geschädigten des Völkermords zu ihrem völker- und menschenrechtlich verbrieftem Recht verhelfen (was von politischen Beobachtern allerdings bezweifelt wird)..

Inzwischen hat auch die Vereinigte Republik von Tanzania beschlossen, von der deutschen Regierung Entschädigung für die Kolonialherrschaft zu fordern. Nach dem Eindringen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft unter dem Abenteurer Carl Peters in den späten 1880er Jahren sei es zu drakonischem Landraub, Zwangsarbeit, wirtschaftlicher Ausbeutung und ungerechter Besteuerung gekommen, argumentierte die Regierung Anfang Februar im Parlament von Dodoma. Etwa 75.000 Menschen seien während des Maji Maji-Aufstands von deutschen Truppen getötet worden.

Aufbegehren in Swaziland. Völlig unerwartet hat das Parlament in Mbabane am 1. März den vorgelegten Budgetvoranschlag zurückgewiesen, weil er „*an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeigehen*“ würde. Finanzminister Martin Dlamini hatte den Haushaltsplan zuvor mit „*nationalen Sicherheitserwägungen*“ begründet. In der Tat sind 12% der 1,66 Mrd. US-\$ umfassenden Staatsausgaben

für Sicherheit und Militär vorgesehen, weitere Budgetposten erweitern die finanziellen Ressourcen der Polizei für das „*Management von Menschenmassen*“. Öffentlich kritisiert wurde auch die Bereitstellung von 20 Mio. US-\$ für den Ankauf von Bibeln für „*religiöse Erziehung*“.

Um die Bedeutung dieses öffentlichen Widerstands zu ermessen, ist daran zu erinnern, daß politische Parteien in der Königsdiktatur Swaziland verboten sind und bei den letzten Parlamentswahlen 2014 (INDABA 81/14) nur „*unabhängige Kandidaten*“ kandidieren durften. Diese mußten zuvor in Volksversammlungen nominiert werden, die von den traditionellen Chiefs geleitet wurden. Trotzdem kamen 55 Mandatäre erstmals ins Parlament; unter ihnen befand sich auch der oppositionelle Gewerkschaftsaktivist Jan Sithole. Laut Verfassung werden zehn weitere Mitglieder des Parlaments vom König bestimmt.

Dennoch scheint derzeit keine Mehrheit für die vom König eingesetzte Regierung mehr zu bestehen. In einer Resolution forderte das Parlament diese vielmehr auf, binnen zweier Tage eines neues Budget vorzulegen, in dem sauberes Trinkwasser, bessere Straßen, neue Krankenstationen sowie höhere Unterstützungen für alte und behinderte Menschen und für lokale Sozialprojekte Prioritäten sein sollten. Immerhin leben 63% der Bevölkerung in Swaziland unter der Armutsgrenze.

Das Aufbegehren war freilich nur kurzfristig: Auf Anordnung des ernannten Premierministers, Barnabas Dlamini, mußte das Parlament am 7. März seine mutige Entscheidung revidieren, und das ursprüngliche Budget wurde bei Redaktionsschluß ohne Plenardiskussion in den zuständigen Komitees diskutiert.

State Capture gefährdet Demokratie

Madonsela will Aktivierung der Zivilgesellschaft

Wurden Präsident Zuma und staatliche Institutionen von ausländischen Investoren korrumpiert, um ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen? Thuli Madonsela, bis vor kurzem Public Protector der Republik Südafrika, hält das für möglich. Im Interview mit Walter Sauer spricht sie über die Gefährdung der südafrikanischen Demokratie und ihr Vertrauen in die Jugend des Landes.

Madam, Südafrika hat in Bezug auf demokratische und soziale Grundrechte eine der fortschrittlichsten Verfassungen der Welt, und trotzdem hat man das Gefühl, daß sich die politische Führung, aber auch ein großer Teil der Bevölkerung diese Werte nicht zu eigen gemacht hat. Warum ist das so?

Ja, es gibt eine gewisse Kluft zwischen den Versprechungen der Verfassung und dem alltäglichen Leben der Menschen – vor allem derjenigen, von denen man sagt, sie hätten den Anschluß verloren. Aber ich würde nicht sagen, daß es überhaupt keine Verbindung gibt zwischen den Menschenrechten, die in der Verfassung verankert sind, und der Realität. Wenn es um die zivilen und politischen Rechte geht, die schwarze Menschen unter der Apartheid früher nicht hatten, dann werden diese Rechte respektiert. Das Problem liegt eher bei den sozialen und wirtschaftlichen Rechten.

Zwar ist die soziale Sicherheit garantiert, die Regierung investiert hier Milliarden, und auch in Bereichen wie Bildung, Wohnen usw. gibt es relative Verbesserungen. Sehr wohl aber ist das Tempo ein Problem, in dem diese Leistungen für alle zugänglich

gemacht werden, es geht zu langsam. Selbst bei der Umsetzung der zivilen und politischen Rechte gibt es Schwierigkeiten, wenn z. B. Frauen von ihren Ehemännern vergewaltigt werden, wenn Menschen nicht leicht Zugang zu den Gerichten finden usw., das geht alles nur zögerlich weiter. Trotzdem wird einiges getan, um diese Kluft zu schließen, besonders im Hinblick auf schlechte Verwaltung. Es gibt die Behörde des Public Protector, es gibt die Gerichte usw., die sich hier einschalten. Was wir trotz aller Bemühungen nicht im Griff haben, ist die Korruption. Sie steht dem Bestreben, die sozialen und wirtschaftlichen Rechte allen zugänglich zu machen, entgegen.



Nach dem Interview

Sie haben bei anderer Gelegenheit gesagt, die Respektierung der Menschenrechte seitens der politischen Führung sei in den letzten Jahren gesunken, insbesondere wegen der engeren Verbindungen Südafrikas mit Rußland und China. Ist das so?

Das ist mein ganz persönlicher Eindruck, vielleicht täusche ich mich. Aber ich habe den Eindruck, daß unsere Beziehung zu BRICS die höchsten Führungsorgane unseres Landes anfälliger für zweifelhafte Aktivitäten gemacht hat. Ich beziehe mich zum Beispiel auf die Einreiseverweigerung für den Dalai Lama. Aus welchem Grund hätte er nicht kommen sollen? Außer, daß man offensichtlich China nicht verärgern wollte. Oder unser Abstimmungsverhalten in den UNO-Gremien. Da nähert man sich offensichtlich unseren neuen Freunden in BRICS an und stimmt in einer Art und Weise ab, die im Gegensatz zu den Werten unserer Verfassung steht, etwa wenn es um die Rechte von lesbischen, homosexuellen oder Transgender-Menschen geht. Oder Südafrikas Austritt aus dem Internationalen Strafgerichtshof. Das ist keine genuine südafrikanische Position – wir waren doch ursprünglich

Befürworter des ICC! Wir wollten den Internationalen Strafgerichtshof, weil es in Teilen Afrikas diese Kultur der Straflosigkeit für Verbrechen gab – für Tötungen, Plünderungen und Vergewaltigungen. Und diese Sorge ist immer noch da! Wenn wir uns jetzt vom ICC lossagen, dann stellen wir uns auf die Seite derer, die Leid verursachen, und nicht auf die Seite der Opfer. Ich bin ganz sicher, daß dies nicht die Haltung des ursprünglichen Südafrika gewesen wäre, nicht die Haltung von Führern wie Nelson Mandela oder Thabo Mbeki. Die hätten sich bei Kritik an der Vorgangsweise des ICC für eine Reform des Strafgerichtshof ausgesprochen, um ihn fair zu machen, und wenn das nicht geklappt hätte, für eine Alternative, und erst wenn diese vollständig handlungsfähig gewesen wäre, hätten sie den ICC verlassen. Denn die Probleme, deretwegen der Strafgerichtshof gegründet wurde, bleiben ja bestehen. Wenn man ihn verläßt, löst man die Probleme nicht.

Kommen wir zu Ihrer Tätigkeit als Public Protector. Ihr großer Bericht über Nkandla, die Renovierung einer Residenz des Staatspräsidenten, hat auch in Österreich große Aufmerksamkeit erregt, weniger jedoch der zweite, den Sie kurz vor dem Ende Ihrer Amtszeit vorgelegt haben: State of Capture.

Eigentlich gibt uns dieser zweite Report viel mehr Grund zur Sorge. Bei Nkandla ging es um die exzessive Ausdehnung von Privilegien, die staatlichen Funktionsträgern zustehen. Freilich nur in dem vom Gesetz geregelten Ausmaß, und bei Nkandla ging es halt darüber hinaus. State Capture ist viel gefährlicher, denn hier besteht die Gefahr, daß die Grundlagen der Demokratie, der



Rechtsstaatlichkeit und der guten Regierungsführung untergraben werden. Die Anschuldigung ist, daß eine Firma, die sich im gemeinsamen Eigentum des Sohnes des Präsidenten und der mit dem Präsidenten befreundeten Familie Gupta befindet, ungerechtfertigterweise Einfluß auf den Staat nimmt. Es wird behauptet, daß diese Art von Verbindung für die Entlassung des Finanzministers Ende 2015 und die Einsetzung eines neuen, diesen Leuten nahestehenden Ministers verantwortlich gewesen sein soll – auch wenn das nur kurzfristig erfolgreich war –, und daß diese Verbindung bis heute Einfluß darauf nimmt, wer zu Ministern in strategischen Ressorts wie Finanzen oder Energie berufen wird. In der Zwischenzeit ist der frühere Geschäftsführer des halbstaatlichen Energieversorgers ESKOM, Herr Molefe, der wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten mußte, ins Parlament berufen worden – eine Unverschämtheit! Gerüchte meinen, er sei von Präsident Zuma als neuer Finanzminister, als Vorsitzender des Finanzkomitees im Parlament oder sogar als neuer Minister für die verstaatlichte Industrie vorgesehen. Dann würde er wiederum ESKOM, aber auch eine Reihe anderer Firmen kontrollieren.

Darüber hinaus besteht der Verdacht, daß auf Basis dieses ungerechtfertigten politischen Einflusses Firmen, die dieser Gruppe nahestehen, bei Regierungsaufträgen bevorzugt werden, etwa im Bergbau. Und weiter, daß diese Firmen auch von Regierungssubventionen profitieren, die für ganz andere Zwecke gedacht waren, nämlich für Black Economic Empowerment.

Ich habe das untersucht, und es gab in der Tat Prima-facie-Evidenz für Mißwirtschaft. Weil es aber sehr schwer war, an Informationen zu kommen, konnte ich diese Untersuchung innerhalb meiner Amtszeit nicht beenden. Ich ordnete daher die Einsetzung einer Kommission an, die innerhalb von drei Monaten die Untersuchung zu Ende führen sollte, also eigentlich bis jetzt. Aufgrund formaler Spielchen kam sie bisher aber nicht zustande. Wenn sich dieses Problem der Inbesitznahme des Staates durch Privatinteressen als wahr herausstellen sollte, dann wäre das eine große Gefahr für unsere Demokratie. Denn bei Demokratie geht es darum, daß Vertreter/innen der Mehrheit gewählt werden, denen man Kompetenz zubilligt und von denen man annimmt, daß sie ihre Aufgaben im Sinne des Gemeinwohls und ohne eigene Partikularinteressen erfüllen. Aber wenn staatliche Institutionen gekapert werden, dann verlieren die Menschen das Vertrauen. Mehr noch: Wenn sie sehen, daß staatliche Repräsentanten straflos kriminell handeln, dann ermutigt das manche, ebenfalls kriminell zu handeln. Daher hoffe ich, daß die Kommission bald zusammentreten wird, denn je länger die Verzögerungstaktik wirkt, desto schwerer wird es sein, etwas zu beweisen.

Ich nehme an, es war für Sie persönlich nicht einfach, diese Reports zusam-

menzustellen. Wie haben Sie das geschafft?

Ja, es war schwierig, die Fakten zu erheben, und ich stand auch politisch unter einem gewissen Druck, wurde attackiert. Aber wenn Sie eine Aufgabe haben, die Ihnen das Gesetz überträgt, dann müssen Sie diese erledigen. Der Job muß getan werden, sonst müssen Sie Ihr Lebtage lang damit leben. Man muß das mit seinem Gewissen vereinbaren. Sonst wird man sich immer vorwerfen, jemanden geschont zu haben oder zu ängstlich gewesen zu sein. Es ist besser, kurzfristig Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, als sich lebenslang Gewissensvorwürfe machen zu müssen. Die einzige Instanz, die mich beurteilt, bin letzten Endes ich selber. Es ging um den Respekt vor meinen eigenen Werten und um die Bewahrung meiner Integrität.

Was die Zukunft Südafrikas betrifft: Sie sprechen öfters von der Agenda 2063 der Afrikanischen Union, die Afrika zu eine Zone des Friedens, des Wohlstands und der Demokratie machen möchte. Ist das überhaupt realistisch?

Südafrika hat diese Erklärung ratifiziert, die Regierung ist daran gebunden. Ich vertraue auf die jungen Löwen, die Jugend Südafrikas, und hoffe, daß sie unsere Verfassung und die Agenda 2063 lesen und dann die Regierung zur Verantwortung ziehen. Schon jetzt fordert die Jugend soziale Gerechtigkeit ein, sie steht gegen die Regierung auf und konfrontiert sie mit den Problemen, zum Beispiel bei der Finanzierung des höheren Bildungswesens. Ich glaube, daß dieses Erwachen der Jugendlichen weitergehen wird. Daß die Gesellschaft die Demokratie den Politiker/innen und den Gerichten überlassen hat, war keine gute Idee.



Die Zivilgesellschaft hätte sich stärker in die Entwicklung der demokratischen Institutionen einbringen müssen, sowie sie das in den vergangenen zwei Jahren getan hat. Die Zivilgesellschaft wird im Augenblick stärker und stärker, und ich selber bringe mich in diesen Prozeß ein. Wir werden im März eine Stiftung eröffnen, die sich um die Verteidigung und Stärkung der Demokratie in Südafrika kümmern soll, durch Dialogprogramme und die Ausbildung von politischen Führern.

Man könnte allerdings skeptisch werden, wenn man die Situation an den Universitäten betrachtet – sicher gute Gründe für Protest, aber die Methoden, die von manchen angewendet wurden...

Ich bin zuversichtlich. Die Studierenden haben ihre Lektion gelernt. Sie reagierten eigentlich normal – genauso, wie wenn Ihnen jemand auf die Zehen tritt und Sie stoßen ihn weg. Dann erst beginnen Sie sich inhaltlich auseinanderzusetzen. Man muß auch sehen, daß der Staat sehr gewalttätig geantwortet hat. Die Polizei hat brutal agiert, und es wurden alte Gesetze aus der Zeit der Apartheid angewendet. Heute sind die Studierenden oder die

oppositionellen Economic Freedom Fighters betroffen, morgen vielleicht die normalen Leute. Ich glaube nicht, daß die Studierenden wieder in dieses Ausmaß an Gewalt zurückfallen werden, aber gleichzeitig werden sie auch nicht aufhören, den Staat an seine Pflichten zu erinnern. Gerade meine Stiftung soll dazu beitragen, daß die Zivilgesellschaft alle Mittel und Instrumente kennt und anwenden kann, um den Staat zur Verantwortung zu ziehen.

Glauben Sie, daß Leute in Österreich, unsere Mitglieder und Abonnent/innen zum Beispiel, sinnvoll zu diesem Prozeß in Südafrika beitragen können? Was ist Ihrer Meinung nach die Rolle der internationalen Gemeinschaft?

Es gibt eine Rolle für internationale Unterstützung, sie ist notwendig. Vor allem, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht. Viele der protestierenden Student/innen z. B. sind bettelarm, sie benötigen Unterstützung. Oder wenn es um gute Regierungsführung geht und um den Kampf gegen Korruption. Für Ihr fortgesetztes Interesse an Südafrika möchte ich Ihnen danken. Wir sind dankbar für Ihre Unterstützung in der Vergangenheit, und wir sind ebenso dankbar für Ihre Unterstützung heute.

Thuli Madonsela (INDABA 92/16) nahm von 20.-23. Februar auf Einladung des Bruno Kreisky-Forums für internationalen Dialog an der Tagung „Afrika. Dimensionen eines Kontinents“ in Wien teil.

Madonsela-Stiftung:

www.thumafoundation.org

Agenda 2063 der Afrikanischen Union:

<http://www.un.org/en/africa/osaa/pdf/au/agenda2063.pdf>

China unterläuft Artenschutz

Mit einem scharfen Protest gegen die Verletzung von Umwelt- und Artenschutzbestimmungen durch chinesische Staatsbürger/innen wandten sich zahlreiche namibische Organisationen am 21. Dezember 2016 an den chinesischen Botschafter in Windhoek, Xin Shunkang.

Während der letzten Wochen wurden chinesische Staatsangehörige aufgegriffen und wegen Verbrechen in Zusammenhang mit wild lebenden Tieren angeklagt, inklusive des illegalen Besitzes von Nashornhörnern, Elfenbein und den Häuten und Schuppen von Schuppentieren.

Wir erkennen natürlich die Tatsache an, daß nicht alle chinesischen Staatsangehörigen in Verbrechen im Zusammenhang mit Wildtieren verwickelt sind. Die namibischen Umweltschutzkreise sind jedoch der Meinung, daß die Situation hinsichtlich chinesischer Staatsangehöriger, die Delikte in Zusammenhang mit wild lebenden Tieren begehen, wesentlich ernster und weiter verbreitet ist, als sie zur Kenntnis genommen wird.

Bis zur Ankunft einer großen Anzahl chinesischer Staatsangehöriger in Namibia war die Häufigkeit von kommerziellen Verbrechen und Delikten in Zusammenhang mit wild lebenden Tieren äußerst gering.

Als chinesische Staatsangehörige in alle Regionen von Namibia zogen, dort Unternehmen gründeten und Netzwerke aufbauten, Schürflizenzen für Mineralien erwarben und Zahlungen für Produkte von wild lebenden Tieren anboten, ist die Häufigkeit von Wilderei, illegalem Einfangen von Wildtieren sowie der Sammlung, der Tötung und dem Export von diesen exponentiell gestiegen. Chinesische Staatsangehörige waren darin in-

volviert bzw. sind die kommerziellen Antriebskräfte hinter:

- der Eskalation des Wilderns von Nashörnern und Elefanten in Namibia und dem illegalen Export von Hörnern von Nashörnern und Elfenbein,
- dem Fang, Handel mit und Export von Schuppentieren,
- dem Import von chinesischen Monofilament-Fischernetzen in industriellen Mengen über Zambia in den Nordosten von Namibia, die die Fischerei in den Flüssen Zambezi, Chobe, Kwando und Okovango zerstören,
- der unnachhaltigen Kommerzialisierung der Fischerei in diesen nord-östlichen Flüssen und Feuchtgebiet-Systemen für Exporte in Groß- und Kleinstädte in benachbarten Ländern,
- dem Fangen und Töten von Karminspinnen und deren Brutkolonien durch Netze,
- der Zunahme von Buschfleischwilderei, dort wo chinesische Staatsangehörige im Straßenbau und anderen Tätigkeitsbereichen auf dem Gebiet der Infrastruktur arbeiten, einschließlich Schildkröten, Waranen, Pythons und jeglichen anderen Formen von Wildfleisch, inklusive Fleisch von geschützten und gefährdeten Arten,
- dem illegalen Fangen von Schalentieren an der namibischen Küste,
- dem illegalen Transit durch Namibia und dem versuchten Export von gewilderten Abalone-Muscheln aus den Gewässern um das Kap über namibische Häfen.

Wir sind besorgt angesichts der offensichtlichen völligen Mißachtung der wild lebenden Tierarten von Namibia und ihrer Erhaltung sowie der Tierschutzgesetze und der diesbezüglichen Werte seitens chinesischer Staatsangehöriger. Die Namibier/innen sind stolz auf ihr ökologisches Erbe, ihre reichhaltigen Ressourcen an Wildtieren und auf die institutionellen Mechanismen, die eingerichtet wurden, um diese nachhaltig zu bewirtschaften. Namibia als Nation hat hart daran gearbeitet, diese natürlichen Schätze zu schützen und zu pflegen. Namibias Bewirtschaftung wild lebender Arten ist international gesehen ein Vorbild für gute Erhaltung und nachhaltige Nutzung. Wir haben diese Investitionen nicht getätigt, damit chinesische Staatsangehörige, oder irgendjemand sonst, dies wieder zunichtern können.

Das illegale kommerzielle Interesse einiger chinesischer Staatsangehöriger an Namibias geschützten Wildtierarten hat die Anfälligkeit armer Namibier/innen ausgenützt und Gesellschaften gespalten. Es untergräbt die lokale Eigenverantwortung für die natürlichen Ressourcen und die Befugnis der Gemeinden, ihre wild lebenden Tierarten klug zu bewirtschaften, zum langfristigen Nutzen für die Gemeinde. Es untergräbt Namibias weltweit gelobtes gemeinde-basiertes Arterhaltungsprogramm und fügt Namibias internationalem Ruf auf den Gebieten

Nochmals: Artenschutzkonferenz Johannesburg

Ein interessanter Beschluß der Ende September 2016 in Johannesburg zu Ende gegangenen 17. Konferenz des Artenschutzabkommens/COP17 in Johannesburg (INDABA 92/16) wurde erst jetzt bekannt: Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die bis zur nächsten Tagung 2019 in Sri Lanka Vorschläge zur Einbeziehung ländlicher Gemeinschaften in die Tätigkeit des Artenschutzabkommens CITES erstellen soll. An dieser Arbeitsgruppe sollen Vertreter/innen sowohl der Mitgliedsstaaten als auch der bäuerlichen Gemeinschaften beteiligt sein. Einen vergleichbaren Beschluß hatte im September 2016 der Weltkongress der *International Union for Conservation of Nature (IUCN)* gefasst.

Der CITES-Beschluß, der auf einen Antrag Namibias, Tanzanias, Zambias und Zimbabwes zurückgeht, stellt einen ersten Durchbruch des Konzepts *community-based natural resource management (CBNRM)* in CITES dar. Es sei einerseits weithin akzeptiert, erklärten die ursprünglichen Antragsteller, daß die Einbeziehung der lokalen Gemeinschaften in Programme des Artenschutzes dessen Nachhaltigkeit fördere und Wilderei oder illegalen Handel mit geschützten Tieren reduziere; dessenungeachtet würden andererseits indigene Volksgruppen und bäuerliche Gemeinschaften vom Artenschutzabkommen fast völlig ignoriert. Die vier genannten Staaten beantragten daher die Einrichtung eines sog. *Rural Communities Committee*, in dem anerkannte indigene Gemeinschaften sowie regionale CBNRM-Organisationen vertreten sein sollten.



Namibias Umweltminister
Pohamba Shifeta

Da der Antrag in dieser Form nicht mehrheitsfähig gewesen wäre, wurde von einer Arbeitsgruppe der Konferenz der o. g. Kompromiß ausgearbeitet, welcher der Errichtung eines solchen Komitees durch COP 18 den Weg bahnen dürfte.

Von der österreichischen Delegation wurde das Grundanliegen der vier Antragsteller aus dem Südlichen Afrika sowie der gefundene Kompromiß erfreulicherweise unterstützt. Die Bewahrung der Biodiversität sei ohne die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Gemeinschaften nicht möglich, hieß es in dem von Umweltminister André Rupprechter (ÖVP) autorisierten Statement; die von CITES vorangetriebene globale Verantwortlichkeit für nationale und lokale Ressourcen scheitere vielmehr häufig an der Marginalisierung der lokalen Interessen, etwa beim Schutz der Elefanten:

„Die weltweite Umweltschutzgemeinschaft übernimmt nämlich keine Verantwortung für Einkommensverluste, die nationalen oder ländlichen Gemeinschaften als Resultat von Handelsrestriktionen oder -verboten entstehen. Kooperative Partnerschaften mit den Menschen, die mit und neben natürlichen Ressourcen leben und in vielen Fällen in ihrem Lebensunterhalt davon abhängen, sind daher die Vorbedingung für einen Erfolg.“

der Arterhaltung und der nachhaltigen Entwicklung erheblichen Schaden zu.

Die kürzlich erfolgte Ankündigung seitens chinesischer Geschäftskreise, N\$ 30.000 zum Kampf gegen Nashorn-Wilderei beizusteuern, zeugt von einem absoluten Unverständnis hinsichtlich des wirtschaftlichen Ausmaßes des Problems. Tatsächlich stellt dies eine Beleidigung für den namibischen Umweltschutzsektor und für die namibische Umwelt dar. Eine sehr konservative Schätzung des Ausmaßes der Verluste für Namibias wild

lebende Tierarten und Ökosysteme, die durch chinesische Staatsangehörige verursacht wurden, beträgt ungefähr N\$ 811 Millionen. Und dies beinhaltet nicht die beträchtlichen zusätzlichen Ressourcen, welche die namibische Regierung, Sponsoren, Gemeinden, der private Sektor und NGOs in den Kampf gegen eskalierende Verbrechen in Zusammenhang mit wild lebenden Tierarten investiert haben. Diese Mittel hätten besser in produktivere Aktivitäten wie in die Fortsetzung der Entwicklung der Sektoren Wildtiere und Tourismus und die Verbesserung des

Lebens und der Lebensbedingungen in ländlichen Gemeinden investiert werden sollen.

Wir behaupten nicht, das Verhältnis zwischen chinesischen Staatsangehörigen und dem chinesischen Staat ganz zu verstehen. Es hat aber den Anschein, daß chinesische Staatsangehörige nicht die Freiheit haben, Pässe zu erhalten und unabhängig in der Welt herum zu reisen, ihr privates Kapital einzubringen, und Unternehmen in ihrem Namen in jedem Land, das sie aufnimmt, zu gründen,

Afrikanische KZ-Häftlinge in Mauthausen

Nichts erinnert heute in der KZ-Gedenkstätte an die fast zweihundert Afrikaner/innen – meist aus dem Norden, aber auch aus anderen Teilen des Kontinents stammend –, die im damaligen Konzentrationslager und seinen Außenstellen inhaftiert waren. Viele von ihnen verloren unter dem Terror der Nazi-Schergen ihr Leben. Auch ein Südafrikaner befand sich unter ihnen. Ein neuer Forschungsbericht, betreut von Walter Sauer und Simon INOU, zeigt eine gravierende Lücke der österreichischen Gedenkkultur auf.

Die Idee entstand vor etlichen Jahren bei der Präsentation des Lageberichts „Schwarze Menschen in Österreich 2010“. In den Jahren darauf wurden Recherchen in Bibliotheken sowie im Archiv der KZ-Gedenkstätte im Innenministerium durchgeführt. Durch die Zusammenarbeit mit dem Universitätslehrgang *Library and Information Studies* der Universität Wien ergab sich schließlich die Möglichkeit zu eingehenderen Recherchen, aus denen die Anfang März präsentierte Studie von Barbara Fuchslehner und Karin Röhrlich entstanden ist.

Sie ist die bisher umfassendste Forschungsarbeit über die weithin vergessenen Gefangenen afrikanischer Herkunft im NS-Konzentrationslager Mauthausen. Damit wird eine gravierende Lücke in der zeitgeschichtlichen Forschung zumindest teilweise geschlossen und zugleich ein Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung geleistet. Auch in der Gedenkkultur Österreichs sollten die afrikanischen Opfer des Nationalsozialismus ihre angemessene Berücksichtigung finden.

Daß die Existenz von KZ-Häftlingen afrikanischer Herkunft der

Öffentlichkeit bislang weitgehend unbekannt war, hat mehrere Gründe. Erstens stehen in Forschung und Gedenkkultur die großen nationalen Opfergruppen im Vordergrund: etwa 90.000 Polen, etwa 37.000 aus der damaligen Sowjetunion. Zweitens konzentrierte man sich vor allem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten auf die politische Wichtigkeit: wieviele Kommunisten und Sozialisten, wieviele Legitimisten, wieviele Religiöse? Und ab den beginnenden 1990er Jahren rückten im Zuge der US-amerikanisch/israelischen „Holocaustindustrie“ (Norman G. Finkelstein) ohnehin alle nicht-jüdischen Gefangenengruppen ins Abseits.

Ein krasses Beispiel diesbezüglich berichtete der verstorbene deutsche Islamwissenschaftler Gerhard Höpp aus dem in Thüringen gelegenen KZ Mittelbau-Dora, wo seit DDR-Zeiten eine Gedenkinschrift an Häftlinge aus „Arabischen Staaten“ erinnerte. Bei einem Besuch 1992 habe ein israelischer Diplomat von der Leitung der Gedenkstätte die Entfernung dieser Inschrift verlangt.

Daß aus all diesen Gründen kleinere oder politisch angeblich weniger

wichtige Kategorien von Häftlingen unberücksichtigt blieben, ist bekannt – auch die Homosexuellen mußte jahrzehntelang um ihre Anerkennung kämpfen. Und ähnlich steht es eben auch um die Gefangenen afrikanischer Herkunft, die wenn nicht gänzlich vergessen, so doch stark vernachlässigt wurden.

Bislang war man von etwa siebzig nordafrikanischen (arabischen) und vier schwarzen Gefangenen im KZ Mauthausen und einem weiteren in Hartheim ausgegangen. Zu letzteren zählten der aus Äquatorial-Guinea stammende José

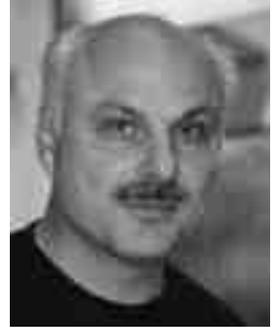
Carlos Grey Key aus Barcelona, ein republikanischer Aktivist im Spanischen Bürgerkrieg und danach der französischen Résistance, der 1942 ins KZ Mauthausen kam und überlebte;



Das in Mauthausen entstandene Bild von Francisco Boix zeigt José Carlos Grey Key mit Uniform als „Diener“ des Lagerkommandanten

Afrika und der internationale Strafgerichtshof

Von Adalbert Krims



Die Afrikanische Union hat bei ihrem jüngsten Gipfeltreffen Ende Jänner in Addis Abeba eine Strategie für einen gemeinsamen Rückzug aus dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) beschlossen. Diese Entscheidung enthält aber keinen Zeitplan und ist für die Mitgliedsstaaten auch nicht bindend. Nachdem im vergangenen Jahr bereits Südafrika, Gambia und Burundi ihren Austritt aus dem IStGH angekündigt hatten, wollte die AU mit ihrem Beschluß offenbar ein klares Signal an die internationale Staatengemeinschaft aussenden, daß die afrikanischen Länder es mit ihrer Kritik am IStGH ernst meinen und zu Konsequenzen entschlossen sind. Hintergrund ist die Tatsache, daß der Gerichtshof in Den Haag bis zum vergangenen Jahr insgesamt 39 Anklagen erhoben und 31 Haftbefehle ausgestellt hat – und alle gegen Afrikaner.

Dem IStGH, der 2002 seine Arbeit aufgenommen hat, gehören inzwischen weltweit 124 Staaten an (darunter 34 afrikanische). Er wurde von der UNO errichtet und soll Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord ahnden. Er kann von den Unterzeichnerstaaten oder vom UN-Sicherheitsrat angerufen werden, wobei drei der fünf Ständigen Mitglieder des Rates (USA, Rußland und China) dem Strafgerichtshof nicht angehören. Rußland hatte erst im vergangenen November seine Unterschrift unter das

sog. „Römische Statut“ zurückgezogen und dies mit „Ineffizienz und Einseitigkeit“ des Gerichtshofs begründet.

Von den Verteidigern des IStGH, zu denen auch die internationalen Menschenrechtsorganisationen gehören, wird der Haager Gerichtshof als zentrales Instrument des internationalen Menschenrechtsschutzes und der Durchsetzung des humanitären Völkerrechts bezeichnet. Allerdings wird die fehlende Universalität der Gerichtsbarkeit als große Schwäche eingeräumt. Denn das Gericht ist nur für die Mitgliedsstaaten zuständig – außer, der Weltsicherheitsrat ordnet Ermittlungen an (die jedoch durch ein Veto eines Ständigen Mitglieds, auch wenn dieses selbst dem IStGH nicht angehört, verhindert werden können). Neben USA, Rußland und China sind u. a. Indien, Pakistan, Iran, Irak, Saudi-Arabien, Syrien, Türkei und Israel nicht Mitglieder des Gerichtshofs. D. h. daß Kriegsverbrechen oder Verletzungen des Völkerrechts in diesen Staaten nur mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrates untersucht werden könnten, was aber zumindest von einer Vetomacht jeweils blockiert würde.

Aus Sicht der afrikanischen Staaten bedeutet dies, daß der Gerichtshof nur gegen die ohnehin schon Schwachen eingreifen kann. Sie kritisieren in diesem Zusammenhang die „Selektivität der Strafverfolgung und die Doppel-

moral der westlichen Staaten“, wobei teilweise sogar Rassismus unterstellt wird. Als Beispiele werden etwa der Gaza-Konflikt oder auch Syrien genannt, wo die betroffenen Staaten nicht dem IStGH angehören und außerdem Vetomächte Ermittlungen verhindern. Aber auch das Gericht selbst wird kritisiert, weil es z. B. Klagen gegen den früheren britischen Premierminister Tony Blair wegen des Irak-Krieges oder gegen die EU wegen der Toten im Mittelmeer von vornherein abgewiesen hat, obwohl hier der IStGH durchaus zuständig wäre. Im Falle der USA ist das ja nicht der Fall, weil sie nicht nur kein Mitglied sind, sondern sogar durch eigene Gesetze die Strafverfolgung von Bürgern durch internationale Gerichte ausdrücklich verbieten. Daher kann der IStGH weder bezüglich der Kriege der USA z. B. im Irak oder Afghanistan noch wegen der „extra-legalen“ Tötungen durch Drohnen ermitteln und schon gar keine Anklage erheben. Es ist daher nicht verwunderlich, daß angesichts der Fokussierung des Internationalen Strafgerichtshofs auf Afrika dort der Eindruck entsteht, es gelte für Den Haag die Devise: „Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen.“

Dennoch werden die Verärgerung vieler afrikanischer Regierungen und auch der jüngste AU-Beschluß nicht

➔ Fortsetzung auf Seite 26

Maxl und der Geheimbund

Ein überraschender Archivfund

Immer wieder stolpern Historiker/innen bei ihrer Arbeit über kleine Überraschungen, die zwar keine weltbewegenden Entdeckungen bedeuten, es aber dennoch wert sind, der Vergessenheit entrissen zu werden. Ende der 1950er Jahre publizierte z. B. die Jugendzeitschrift „Unsere Zeitung“ eine Bildgeschichte zum Thema Südafrika. Unter dem Titel „Das Vermächtnis des Afrikaners“ wurde jugendlichen Lesern und Leserinnen das Thema „Apartheid“ nähergebracht. Eine ungewöhnliche Form politischer Unterhaltung mit aufklärerischem Anspruch, zusammengefaßt von Simon Loidl.

Zwischen November 1959 und Mai 1960 erschien „Das Vermächtnis der Afrikaners“ als Teil der Serie „Reporter Maxls neue Abenteuer“ in *Unsere Zeitung*. In zwölf Fortsetzungen wurde das schwierige politische Thema Südafrika für junge Leser/innen mittels einer Abenteuergeschichte

auf die von den ausbeuterischen Weißen unterdrückten Schwarzen gelenkt werden.

Die Handlung der Fortsetzungsgeschichte ist schnell erzählt: Reporter Maxl – der Held der Serie – trifft im Stadtpark in Wien auf einen schwer verletzt am Boden liegenden Afrikaner. Als er ihn anspricht, gibt ihm der ein Etui und bittet Maxl, gut auf dieses aufzupassen. Maxl läuft, um Hilfe zu holen, doch als er mit einem Polizisten zurückkehrt, ist der Afrikaner verschwunden. Niemand will dem Reporter seine Geschichte so recht glauben – nur der Chefredakteur seiner Zeitung unterstützt Maxl, der zu recherchieren beginnt. Er wird bedroht und überfallen, läßt aber nicht locker. Mit Hilfe seines Onkels entziffert er die chiffrierte Botschaft, die sich in dem Etui des verletzten Mannes befand. In der unvollständigen Botschaft ist von einem Goldbergwerk die Rede. Außerdem enthält die Nachricht die kryptische Warnung, daß ein „neuer Aufseher Smith, der von N. empfohlen wurde, im Dienste der Geheimpolizei steht“. Maxl weiß nun, daß er in eine gefährliche und wichtige Sache geraten ist und setzt alles daran, den Brief dem rechtmäßigen Empfänger zu überbringen. Sein Chefredakteur läßt ihn nach Südafrika reisen, wo er von Weißen gekidnappt und von Schwarzen befreit wird. Maxl findet sich mitten in den Aktivitäten eines „Geheimbundes“ wieder, der gegen die weißen Unterdrücker kämpft. Er fährt mit seinen neuen Freunden ins Bergwerk ein und bekommt einen Einblick in



rund um den Reporter Maxl aufbereitet. *Unsere Zeitung* erschien zweiwöchentlich im Globus-Verlag, der im Besitz der *Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ)* war – dementsprechend wurde Apartheid aus einer linken und antirassistischen Perspektive thematisiert. „Gut“ und „böse“ waren klar verteilt, die Sympathien der Jugendlichen sollten

mäßigen Empfänger zu überbringen. Sein Chefredakteur läßt ihn nach Südafrika reisen, wo er von Weißen gekidnappt und von Schwarzen befreit wird. Maxl findet sich mitten in den Aktivitäten eines „Geheimbundes“ wieder, der gegen die weißen Unterdrücker kämpft. Er fährt mit seinen neuen Freunden ins Bergwerk ein und bekommt einen Einblick in

das harte Leben der schwarzen Arbeiter. Schließlich reist er – da er den Apartheid-Behörden bekannt ist und deshalb selbst in Gefahr schwebt – auf verschlungenen Wegen, die der „Geheimbund“ für ihn organisiert, zurück nach Europa.

Der Plot wirkt etwas konstruiert, zudem versandet die Story rund um die wichtige Briefnachricht, die nach Maxls Ankunft in Südafrika nur mehr eine untergeordnete Rolle spielt. Und dennoch: Die Geschichte ist spannend und unterhaltsam und verliert nie ihre Botschaft aus den Augen. Den namentlich nicht genannten Autor/inn/en ging es offensichtlich darum, den Jugendlichen Einblicke in die Alltagsrealität Südafrikas unter dem Apartheid-Regime zu vermitteln und den Widerstand gegen dieses in ein positives Licht zu rücken. Beides gelingt, und darüber hinaus konterkariert die Darstellung auch Klischees über Afrika. Maxls erste Eindrücke nach seiner Ankunft etwa werden folgendermaßen beschrieben: „Als er sich mit einem Taxi in ein Hotel bringen ließ, im Zentrum einer Großstadt, und Hochhäuser sah, den Strudel modernster Autos und Ströme von Menschen, da fühlte sich Maxl sicher. Das war kein fremder Erdteil, in dem er sich befand, das war eine Stadt, eine Großstadt, die irgendwo mitten in Europa hätte liegen können.“ (UZ, 15. Jänner 1960). Eine derartige Darstellung steht weit verbreiteten Vorstellungen einer vormodernen Lebensweise entgegen, die viele Menschen bis heute mit Afrika assoziieren. Gleichzeitig dient die Betonung der Modernität der Stadt natürlich auch dazu, einen Kontrast zu nachfolgenden Schilderungen der Lebensverhältnisse der Schwarzen herzustellen.

Das Vermächtnis des Afrikaners“ ist aber auch ein eindrucksvolles Beispiel dafür, daß antirassistische Aufklärung nicht mit den Formalismen politischer Korrektheit steht und fällt. Vieles in der Jugendgeschichte erscheint heutigen Leser/inne/n in höchstem Grade befremdlich – von der zeitbedingten Verwendung des Wortes „Neger“ für alle Nicht-Weißen bis hin zu skurrilen Handlungselementen. So wird Maxl, um nicht der Polizei des Apartheidregimes in die Hände zu fallen, von den Mitgliedern des „Geheimbundes“ kurzerhand schwarz angemalt: „Einige Stunden später war Maxl am ganzen Körper tiefschwarz. Die alte Negerin hatte ihn mit einer Farbe eingerieben, die sich auch mit Wasser nicht abwaschen ließ, sondern nur in Fett lösbar war. Seine blonden Haare waren durch eine eigene Behandlung

schwarz und gekräuselt worden.“ (UZ, 15. Februar 1960). Eine heutige Analyse würde an diesen drei Sätzen ganze Aufsätze der Kritik formulieren können und dabei Wortwahl, *Blackfacing* und sonstige Klischees auseinandernehmen. Die simple Wahrheit der Jugendgeschichte ist jedoch: Die schwarzen Südafrikaner sehen zwar anders aus als Maxl, aber sie sind seine Freunde. Den Weißen ähnelt er äußerlich – und doch hat er nichts mit diesen gemein.



Zudem dient die Einfärbung von Maxls Haut nicht nur dem Fortgang der Story. Die Episode ermöglichte es den Autoren der Geschichte auch, die rassistische Gesetzgebung im Apartheid-Südafrika für ihre Leser/innen, die sich mit der Hauptfigur identifizieren, nachvollziehbar darzustellen. In einer Szene etwa geht Maxl in einen Park. „Neben einem in wunderbaren Farben leuchtenden Blumenbeet voll Blumen, wie er sie noch nie gesehen hatte, setzte sich Maxl auf eine Bank. Im nächsten Augenblick stieß ihn ein Polizist von der Bank und zeigte mit dem Finger auf eine Tafel, die auf der Bank befestigt war: ‚Europeans only – nur für Weiße‘.“ (UZ, 1. März 1960).

Bemerkenswert ist vor allem die Schilderung des „Geheimbundes“, mit dem natürlich die Untergrundarbeit des *African National Congress (ANC)* nachgezeichnet wird. Jungen Rezipient/inn/en muß die klandestine Arbeitsweise für die gute Sache, wie sie in der Geschichte beschrieben wird, aufregend erschienen sein. Die Widerstandstätigkeit wird als gefährliche und langwierige Arbeit dargestellt, nicht als heroisches Aufbegehren. An einer simplen Angelegenheit wie der Ausreise Maxls sind viele Menschen beteiligt, es gibt dabei keine herausstechenden strahlenden Helden, sondern die gemeinsame Arbeit, bei der jeder seinen Teil beiträgt, führt zum Erfolg. Eine bedeutsame Information für mitteleuropäische Jugendliche Ende der 1950er Jahre dürfte zudem gewesen sein, daß Maxl auch weißen Mit-



gliedern des „Geheimbundes“ begegnet, der Kampf gegen die Rassisten an der Macht also nicht nur ein Anliegen der schwarzen Südafrikaner/innen war.

Zusammengefaßt ist „Das Vermächtnis des Afrikaners“ ein bemerkenswertes Beispiel für den Versuch, ein komplexes und in Europa kontrovers diskutiertes politisches Thema für Jugendliche aufzubereiten. Trotz zeitbedingter Skurrilitäten wird bei der heutigen Lektüre ein aufklärerischer

Anspruch deutlich, der ohne erhobenen Zeigefinger auskommt. Die Gleichheit aller Menschen setzten die Autoren als völlig selbstverständlich voraus. Dies hat für die Dramaturgie der Geschichte zur Folge, daß die vom Apartheid-Regime praktizierte Unterdrückung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe als geradezu widersinnig und der Widerstand dagegen als logisch und legitim erscheint.

Ausstellung in Kapstadt zur Geschichte der Sklaverei

Als Ruben Novembers Urur-Großvater zu Anfang des 19. Jahrhunderts in Kapstadt ankam, nahmen sie ihm alles ab – seine Kleider, seine Papiere, seine Identität. Er erhielt einen neuen Namen: Zyzer November. November stand für den Monat seiner Ankunft. Auch die anderen Sklav/inn/en wurden nach diesem System benannt.

Über Generationen wurde der Name weitergegeben – bis zu Ruben November (57), einer der zwölf Personen, die derzeit in einer Ausstellung und einem Kalender im Iziko Slave Lodge Museum in Kapstadt porträtiert sind: „My Naam is Februarie: Identities Rooted in Slavery“.

Alfred May, ebenfalls ein Nachkomme von Sklaven, ließ sich dafür zum ersten Mal in seinem Leben fotografieren. „In meiner Familie war das nicht üblich. Ich weiß nicht viel über meine Familiengeschichte, darüber haben wir kaum gesprochen.“

Anderen erging es ebenso. John January zum Beispiel, Margaret Julie oder Cecilia Augustus, die ebenfalls porträtiert werden, wußten gar nicht, daß sie von Sklav/inn/en abstammten. Andere, wie Ruben November, sind stolz auf ihre Geschichte.

Seine Vorfahren, Zyzer November und seine Frau, wurden mit der Abschaffung der Sklaverei am Kap

1843 in Freiheit gesetzt. Möglicherweise hatten sie sich in der Iziko Slave Lodge kennengelernt, damals ein berühmtes Sklavenhaus, seit 1996 Museum. Sie konnten ein Stück Land in Pniel erwerben, einem Dorf außerhalb von Kapstadt. Weitere 98 ehemalige Sklav/inn/en ließen sich ebenfalls dort nieder, Ruben und seine Familie leben immer noch hier. Ruben ist Lehrer an der lokalen Schule, die 2018 ihr 175jähriges Bestandsjubiläum feiern wird. „Aus der Geschichte unserer Vorfahren können wir lernen, daß eine Gemeinschaft zusammenhalten muß, besonders in schlechten Zeiten.“

Auch Albie Sachs, Menschenrechtsaktivist und früherer Verfassungsrichter Südafrikas, nahm an der Eröffnung der Ausstellung teil. Auch seine Frau Bridget ist Nachfahrin ehemaliger Sklaven – namens September. Für Albie Sachs freilich sind diese nicht einfach Sklaven, sondern Freiheitskämpfer. „Die Namen und Gesichter dieser Menschen sind ein wichtiger Teil unserer Geschichte. Wir dürfen sie nicht auf Objekte reduzieren. Sie brachten ihre Küche in unsere Kultur ein, ihre Sprachen und ihr inneres Leben. Sie können uns helfen zu verstehen, wer wir heute sind.“

Peter Lykke Lind

Siebzehn Jahre in Südafrika

Zum 100. Geburtstag des Tiroler Komponisten Anton Erich Kratz

Mit einer eindrucksvollen Kulturveranstaltung erinnerte das Gemeindemuseum von Absam im Juni 2015 an den Komponisten, Musiklehrer und Kapellmeister Anton Erich Kratz und seine kompromißlose Abrechnung mit der südafrikanischen Apartheidpolitik. Im konservativen Tirol der späten 60er Jahre brachte ihm diese Haltung wenig Freunde ein. Von Walter Sauer.

Von der Absamer Messe und dem Absamer Schützenmarsch über *Der Trotzenhacker* bis zur *Rhapsodie in black* schrieb der Tiroler Musikschaffende Anton Erich Kratz (1917-80) zahlreiche Werke für Blasmusik und kleine Besetzungen. Ende der 1960er Jahre jedoch verfaßte er auch ein Buch, in dem er seine südafrikanischen Notizen zusammenfaßt. Im Vorwort zu „Dann bist du tot!“ meinte der kirchen- und CDU-nahe Jugenddienst-Verlag: „Der Autor lebte fast zwanzig Jahre in Südafrika – ein Weißer, der schwarz

zu sehen lernte. Heute wieder in Europa, zieht er Bilanz; eine Bilanz des Terrors, der Gewalttaten und der Unterdrückung.“ Die 1969 erschienene, heute nicht zufällig kaum mehr erhältliche Schrift war nach Freimut Duves „Kap ohne Hoffnung“ eines der frühesten kritischen Südafrikabücher im deutschen Sprachraum.



Anton Erich Kratz

Anton Erich Kratz wurde am 2. Februar 1917 als Sohn einer in Galizien stationierten Offiziersfamilie geboren und erhielt seine musikalische Grundausbildung in Wien. Nach einer mehrjährigen musikalischen Tätigkeit in Tirol wanderte er 1951 nach Südafrika aus, wo er u.a. an der *Opera Society* in Pretoria sowie als Leiter des *Messias*-Chores in Johannesburg tätig war. 1964 verbrachte er einige Zeit bei Albert Schweitzer in Lambarene. Nach seiner Rückkehr nach Österreich wirkte

er als Musikpädagoge an der Hauptschule von Steinach in Tirol, wo er maßgeblich am Aufbau der Musikschule beteiligt war, und als Kapellmeister verschiedener Musikkapellen. Kurz vor der Vollendung seines 63. Lebensjahres verstarb Anton Erich Kratz am 14. Jänner 1980 in Innsbruck.

Die 17 Jahre, die er in Südafrika verbrachte, waren geprägt durch die Durchsetzung des „christlichen Nationalismus“ seitens der 1948 an die Macht gekommenen rechtsradikalen *Nasionale Party*, durch den ersten Aufschwung des Widerstands und die brutale Konsolidierung der Apartheidpolitik. Welche Umstände Kratz, der bei seiner Ankunft in Südafrika vermutlich wenig Ahnung von der politischen Lage hatte, letztendlich politisierten, wissen wir nicht genau. Offenbar war er ein eifriger Zeitungsleser und ein genauer Beobachter seiner Umgebung. Hausangestellte erzählen ihm von den Paßgesetzen und ihrer Lebenssituation, er findet diese „erschütternd“ und beginnt seinen Houseboy Johannes illegal zu beschäftigen (in seinem Buch S. 56f.). Zwei Semester lang hält er Musikunterricht „für Coloureds in einem Raum mit ungenügenden Bänken. ... Kreide nehme ich mit vom Kolleg. Was ich in dieser Zeit an Hilfsmitteln geschleppt habe, werde ich mein Leben nicht vergessen.“ (S. 64). Ein Hilfsarbeiter des Musikkollegs schmuggelt ihn in ein Township, wo er Klavierunterricht geben soll (S. 65-67). Während er Schwarze als begabt und hilfsbereit, ja „vornehm“ erlebt, stehlen weiße Nachbarn Baumaterial von seinem Grundstück (S. 64 und 79).



Mit Albert Schweitzer

„Mit Entsetzen und Abscheu lesen sich die in einer englischen Zeitung veröffentlichten Berichte über Zustände, Mißhandlungen, Torturen an Bantuhäftlingen in südafrikanischen Gefängnissen. Sie bieten ein Bild menschlicher Verrohung und Entartung.“ (S. 87). Vor seiner Abreise kauft er in Pretoria noch einen Koffer. „Vor dem Eingang zum Geschäftshaus in der belebten Church-Street kauert ein blinder Schwarzer und hält seine Hand den Vorübergehenden für eine Gabe entgegen. Vor mir sehe ich, wie ein wohlgenährter Bure in kurzen Hosen und schlampigem Hemd, das ihm

heraushängt, dem bittenden Blinden seinen brennenden Zigarettenstumpf in die offene Hand drückt.“ (S. 102f.).



Ich glaube nicht, daß es im Himmel Apartheid und Rassenhaß gibt“, faßt Kratz seine Erfahrungen zusammen (S. 102). „Ich habe es satt, noch länger in einem Staat zu leben, der seine Mitmenschen nur zu untergeordneten Arbeitern macht, rechtlos – anstatt zu Bürgern eines Landes, in dem sie geboren sind.“ (S. 69). Zurück in Österreich publiziert er seine Notizen in seinem erwähnten Buch, einer erschütternden Collage aus Zeitungsberichten,

dokumentarischen Aussagen und eigenen Erlebnissen. „Die gesamte Welt trägt an der Diskriminierung, die in Südafrika vor sich geht, eine gewisse Schuld, denn Gleichgültigkeit ist ein ebenso schlimmes Vergehen.“ (S. 103).

Bei der erwähnten Veranstaltung in Absam, ausgerichtet vom engagierten Museumsleiter Matthias Breit, berichteten Weggefährten von Anton E. Kratz, was danach geschah: daß 1969/70 bei einem südafrikanischen Empfang in Innsbruck dem Autor mitgeteilt wurde, „südafrikanische Beauftragte“ hätten dem Verlag alle Exemplare abgekauft, und daß Kratz eine schriftliche Zusage abgerungen wurde, keine weiteren Auflagen mehr zu publizieren. Welchen Druck übte man (und wer eigentlich?) auf den Musiker aus, der beruflich von Aufträgen der Schützenkapellen und Kirchenchöre lebte? Vielleicht ist das Gemeindemuseum von Absam in der Lage, die Erinnerungen seiner Freunde an Anton E. Kratz zu dokumentieren und zu vertiefen und so auch einen Beitrag zur Aufarbeitung Tiroler Vergangenheit zu leisten? INDABA würde gern wieder darüber berichten.

<http://www.absammuseum.at>

... bücher ...

Juma Hauser, **Das Marampa Projekt. Als es im kolonialen Clubhouse Schnitzel gab, ein Ministerialbeamter unter einem Baum in Afrika telefonierte, zwei Erzzüge aufeinander zufuhren und der Trafo-Koarl im Swimmingpool einen Frosch verschluckte ...** (Wien, Mandelbaum, 2016), 256 Seiten.

Endlich wieder ein Buch, das sich konkret mit der Realität österreichischer Firmenbeziehungen – insbesondere der Verstaatlichten Industrie – zu Afrika auseinandersetzt. Es ist ein sehr ungewöhnliches Werk – kein Fließtext, sondern eine Collage von autobiographischen Texten und Interviews, Zitaten und Anekdoten, thematischen Kurzesays sowie Dokumenten und Bildern, welche die Autorin in Privat- und Firmenarchiven gefunden oder bei ihrer eigenen Reise nach Sierra Leone 2014 gemacht hat.

Juma Hauser (<http://www.jumahauser.net>) hat eine persönliche Beziehung zu ihrem Thema. Als Schülerin lebten sie selbst und ihre Familie eine Zeit lang lang in Sierra Leone, wo ihr Vater als Lehrer für Kinder der österreichischen Mitarbeiter engagiert war. 1979 hatte der Geschäftsführer der VOEST-Alpine-Tochter Austromineral, Walter Neubauer, von einer brachliegenden Eisenerzmine in Sierra Leone erfahren; der britische Konzern DELCO war zur Kolonialzeit dort tätig gewesen, hatte aber nach der Unabhängigkeit das Land angesichts einer drohenden Verstaatlichung verlassen. Seitdem wurde von Freetown ein neuer Partner für das Management des Bergwerks gesucht – und eine international tätige Firma, die sich im Eigentum eines europäischen Staates befand, welcher der Blockfreienbewegung nahestand, war diesbezüglich sicher von Interesse. Am 3. März 1980 unterzeichneten die verstaatlichten Marampa Mines und die ebenso verstaatlichte Austromineral einen Managementvertrag. Am 10. Dezember 1982 fand die offizielle Eröffnung der Minenbetriebs statt. Etwa 1.600 einheimische Arbeiter wurden damals beschäftigt – in dem kleinen westafrikanischen Land war Marampa ein Riesenbetrieb.

Hinter den Kulissen allerdings zeichneten sich bereits jene Probleme ab, an denen das österreichische Engagement scheitern sollte. Die dem Vertrag zugrundeliegende Feasibility Study hatte die technischen und be-

→ Fortsetzung auf Seite 27

Kolonialgeschichte durchleuchtet

Die Ausstellung „Deutscher Kolonialismus – Fragmente seiner Geschichte und Gegenwart“ im Deutschen Historischen Museum in Berlin zeigt, daß Kolonialismus bis heute fortwirkt. Von Simon Loidl.

Kolonialismus ist ein vielfältiges Phänomen. Das macht die aktuelle Sonderausstellung „Deutscher Kolonialismus – Fragmente seiner Geschichte und Gegenwart“ im *Deutschen Historischen Museum (DHM)* in Berlin einmal mehr deutlich. Mit mehr als 500 Exponaten bringt das zentrale Geschichtsmuseum der Bundesrepublik dem Publikum seit Mitte Oktober einen Teil der deutschen Geschichte in Erinnerung, der lange Zeit verdrängt, vergessen und verfälscht wurde.

Die Ausstellungsmacher/innen nähern sich ihrem vielschichtigen Gegenstand aus unterschiedlichen Perspektiven, und so wird die chronologisch aufgebaute Schau durch Blicke in die unterschiedlichen Regionen, in denen das Deutsche Reich kolonial aktiv war, aber auch durch thematische Querschnitte vertieft. Letztere umfassen die Auseinandersetzung mit kolonialer Ideologie, die Frage nach dem Schicksal von Einzelpersonen, die aus den Kolonien nach Europa kamen, oder geben Einblicke in die Funktionsweisen der kolonialen Ökonomien. In anderen Teilen der Ausstellung geht es um die Nachwirkungen des Kolonialismus bis in die Gegenwart. Und zwischendurch finden sich immer wieder Randnotizen und Fußnoten zu Einzelaspekten der deutschen und europäischen Kolonialgeschichte.

am Beginn des Rundgangs stehen außereuropäische Artefakte, die von Händlern oder im Zuge von

Expeditionen nach Europa gebracht wurden – am Ende der Ausstellung werden diverse Debatten aus der Gegenwart vorgestellt, die sich um die Nach- und Folgewirkungen von Kolonialismus drehen. Dabei geht es etwa um den kolonialen Charakter von Entwicklungszusammenarbeit oder den oft kritisierten afrikanischen Fokus des Internationalen Strafgerichtshofs. Dazwischen – im Hauptteil der Ausstellung – wird die deutsche Kolonialgeschichte nachgezeichnet. Von den ersten Aktivitäten deutscher Händler und Missionen in den späteren Kolonien über den Aufbau kolonialer Verwaltungen in Afrika oder in den deutschen Gebieten im pazifischen Raum bis zu den Auseinandersetzungen zwischen den Kolonialmächten im Ersten Weltkrieg und dem Ende des Deutschen Kolonialismus; vom NS-Kolonialrevisionismus über die sehr verschiedenartigen Beziehungen der beiden nach 1945 entstehenden deutschen Staaten zu afrikanischen Ländern bis zu aktuellen Debatten über die Verantwortung der Bundesrepublik gegenüber Nachkommen der Herero und Nama reicht die Erzählung. Gebrauchsgegenstände, Bilder, Bücher, Waffen, Tonaufnahmen, Fotos, Briefe, Landkarten, Produkte aus den kolonialen Ökonomien und vieles mehr vermittelt den Besucher/innen ein plastisches Bild der deutschen Kolonialgeschichte.

die Ausstellung ist auch als Antwort auf kritische Stimmen zu verste-

hen, die während der vergangenen Jahre immer lauter geworden waren. Historiker/innen, aber auch Initiativen wie der Verein „Berlin Postkolonial“ bemängelten die zu geringe Auseinandersetzung mit der kolonialistischen Vergangenheit durch das offizielle Deutschland. Dabei wurde auch ganz konkret die museale Aufbereitung der deutschen Kolonialgeschichte kritisiert, und es wurden praktische Vorschläge unterbreitet. So produzierte „Berlin Postkolonial“ vor fünf Jahren den Podcast „Kolonialismus im Kasten“, der als kritischer



Deutscher Kolonialismus in Zinnfiguren (um 1900)

Kommentar zum Kolonialismusteil der Dauerausstellung des DHM funktionierte und gleichzeitig auch eine subversive Intervention in die offiziöse Geschichtsdarstellung bedeutete. In dieser sei die deutsche Kolonialgeschichte „aus ihren Verbindungen zur politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Geschichte des Kaiserreichs herausgerissen und

→ Fortsetzung von Seite 24

triebswirtschaftlichen Herausforderungen gravierend unterschätzt. Die Wiederinstandsetzung von Geräten und Infrastruktur erwies sich als langwierig und teuer, die Kapazitäten reichten nicht aus, die Qualität des Eisenerzes war niedrig und auf dem Weltmarkt schwer zu verkaufen. Anfang 1985 sah sich Austromineral gezwungen, den Vertrag zu kündigen – ein paar Monate vor dem Ausbruch der sog. Verstaatlichtenkrise, die Österreich verändern sollte.

Eine der Stärken des Buchs liegt bei der Rekonstruktion der Lebens- und Arbeitsrealität der etwa fünfzig österreichischen Experten und ihrer Familien, die für Marampa rekrutiert wurden. Hier ist der Autorin etwas gelungen, was für ähnliche frühere Fälle – z.B. die „beurlaubten“ VOEST-Mitarbeiter bei der sanktionenwidrigen Renovierung eines Stahlwerks in Süd-Rhodesien – ein Desiderat geblieben ist.

Der Autorin geht es nicht um das im Umfeld der VOEST-Krise beliebt gewesene „Verstaatlichten-Bashing“, sehr wohl aber um das Aufzeigen von Interessenskonflikten, Widersprüchen und Aporien, mit denen Auslandsinvestitionen unter herrschenden Bedingungen nun einmal behaftet sind. Auf der einen Seite stand das wirtschaftlich schwache Sierra Leone, dessen Regierung sich zusätzliche Einnahmen erhoffte, auf der anderen eine international kaum erfahrene Firma, die sich von kurzfristigen Profitüberlegungen leiten ließ und ein hohes Maß an Unprofessionalität an den Tag legte.

Walter Sauer

Die Langversion ist abrufbar von https://homepage.univie.ac.at/walter.sauer/Afrikanisches_Oesterreich2-Dateien/Marampa.pdf

SADDOCC 2020

Unter diesem Titel haben wir im letzten Jahr über das Selbstverständnis und die Strukturen unserer Organisation nachgedacht. Die zunehmende Brisanz der sozialen Frage in Südafrika und Namibia, die anhaltende Krise in Zimbabwe oder die nach wie vor gegebene Benachteiligung des Südlichen Afrika und Afrikas insgesamt in der globalisierten Weltwirtschaft werfen die Frage auf, wie wir unsere Solidarität mehr als 20 Jahre nach unserer Gründung aufrechterhalten und verstärkt können.

Bei unserer kürzlich abgehaltenen Generalversammlung haben wir daher nicht nur das neue „Selbstverständnis“ verabschiedet (INDABA 90/16), sondern uns auch Gedanken über die kommenden Jahre gemacht.

Wir wollen schlagkräftiger werden, breiter aufgestellt und jünger!

Mit einer Werbekampagne werden wir in den kommenden Monaten versuchen, neue Mitglieder und Abonnent/inn/en zu gewinnen – auch in den Bundesländern. Dafür ersuchen wir um Ihre/Deine Mithilfe!

Aber auch den Kontakt zu unseren derzeitigen Mitgliedern möchten wir verstärken:

- mehr Möglichkeit zur Mitarbeit: in einer monatlichen Aktivist/inn/enversammlung, im SADDOCC-Literaturzirkel, bei der Organisation von Veranstaltungen, in themen- oder länderzentrierten E-Mailgruppen usw.
- mehr Möglichkeit zur Mitbestimmung: Laut Statuten besteht die Möglichkeit, auch die tragende SADDOCC-Mitgliedschaft zu erwerben. Damit ist – zum Unterschied zur unterstützenden Mitgliedschaft – das aktive und passive Wahlrecht in den Vereinsgremien verbunden.

Aus finanziellen Gründen sahen wir uns leider auch gezwungen, die seit 2001 gleichgebliebenen Mitglieds- bzw. Abobeiträge anzupassen. Die neuen Tarife sind:

Unterstützende Mitglieder:

€ 30 pro Jahr (bisher 22), inkl. INDABA-Abonnement

€ 20 ermäßigt für Schüler, Studenten, Arbeitslose, Präsenz- und Zivil-diener, inkl. Abo

€ 20 Anschlußmitgliedschaft für Partner/in (ohne zusätzliches Abo)

Tragende Mitglieder:

€ 50 pro Jahr, inkl. INDABA-Abonnement

€ 30 Anschlußmitgliedschaft für Partner/in (ohne zusätzliches Abo)

nur Abonnement INDABA (4 Ausgaben)

18 Euro (bisher 13)

Wir bitten Sie (Dich) um baldige Überweisung des Beitrags für 2017 auf unser Konto bei der BACA (Unicredit Austria), IBAN: AT57 1200 0006 1051 2006.

Ebenfalls ersuchen wir um Mitteilung Ihrer (Deiner) Email-Adresse, damit wir erforderlichenfalls unsere Mitglieder rasch erreichen können.

... sadocc news ...

Lesezirkel Afrikanische Literatur. Unser Lesekreis wurde 2016 von interessierten Menschen gegründet. Wir diskutieren fünf Mal im Jahr jeweils einen literarischen Text aus Subsahara-Afrika, wobei wir zwischen älteren und aktuellen postkolonialen Werken wechseln, mit Schwerpunkt auf Frauen-Perspektiven. Bisher besprachen wir Romane aus Nigeria (Adichie: *Americanah*, 2013; Achebe: *Things Fall Apart*, 1958 / *Alles zerfällt*) und Kenya (Owuor: *Dust*, 2014/*Der Ort, an dem die Reise endet.*) Am 28. März geht die Reise aber weiter zu Mariama Bâ (Senegal): *Une si longue lettre/Ein so langer Brief*. Bis 23. Mai wollen wir ein Werk aus Südafrika lesen.

Wir besprechen unsere Lese-Beobachtungen und Fragen miteinander und gehen auf diverse Aspekte und Passagen des Buches ein – auf Deutsch und/oder Englisch. Bei der Wahl der Lektüre beachten wir, welche afrikanischen Autor/inn/en in Wien auftreten – so werden wir Petina Gappah (Zimbabwe): *The Book of Memory, 2015/Die Farben des Nachtfalters*, am 26. Sep. 2017 diskutieren. Neue Teilnehmende sind uns willkommen!

Lotte Rieder-Fraunlob

ÖNG-Fotowettbewerb. In Zusammenarbeit mit der *Khomastura High School* in Windhoek hat die *Österreichische Namibia-Gesellschaft* einen Fotowettbewerb für Schüler/innen der 10. bis 12. Schulstufe ausgeschrieben. Pro Person können max. drei Fotos zum Thema „My school friends and I – our creativity, our love for fun and our diversity“ eingereicht werden. Die Bilder werden Anfang Mai von einer Jury in Wien beurteilt. Dieser gehören an: Norbert Habelt (Bildungsministerium) als Vorsitzender, Cornelia Mittendorfer

Forum Südliches Afrika

Donnerstag, 20. April 2017, 19.00 Uhr

**Sozialismen, Solidarität und Devisen.
Die DDR und ihre Entwicklungspolitik in Afrika**

Ort: SADOCC, Favoritenstraße 38/Stiege 18/2, 1040 Wien

Wie kamen Plattenbauten und Stasi nach Zanzibar? Warum fordern Moçambikaner/innen heute von ihrer Regierung die Auszahlung von Löhnen für Arbeit, die sie in den 1980er Jahren in Ostdeutschland geleistet haben? Der Antiimperialismus der DDR war mehr als reine Rhetorik: Die DDR unterstützte antikoloniale Befreiungsbewegungen in Afrika und engagierte sich, bevorzugt in Staaten mit sozialistischer Orientierung, mit Industrieprojekten, Personalentsendungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich und der Vergabe von Stipendien und Ausbildungsplätzen. Neben geteilten Visionen einer sozialistischen Moderne verfolgten die DDR wie afrikanische Regierungen aber auch eigene politisch und wirtschaftliche Interessen. Mit Blick auf Tanzania, Moçambique und Angola diskutiert der Vortrag die Strukturen und Konjunkturen. Dabei werden auch konkrete Erfahrungen und Interaktionen von DDR-„Auslandskadern“ und afrikanischen Counterparts beleuchtet.

Eric Burton ist seit 2014 Teil des Forschungsprojekts „Entsandte Expert/inn/en von Entwicklungshilfe und Sozialistischer Hilfe in Zeiten der Systemkonkurrenz“ an der Universität Wien.

**Veranstaltungen im
Rahmen des Forums Südliches Afrika erhalten
SADOCC-Mitglieder laufend zugesendet.**

(Fotografin), Sophia Brandtner (Künstlerin), Wolfgang Knöpfler (Filmmacher) und Leo Löscher (Student visual arts). Neben den drei Preisen in Höhe zwischen 500 und 1.000 Nam-\$, die von der Jury vergeben werden, haben Mitglieder und Sympathisant/inn/en der ÖNG am Dienstag, den 23. Mai 2017, um 18.30h die Möglichkeit, weitere zwei Publikumspreise zu vergeben. Bei diesem „Offenen Treffen“ im Weinhaus Sittl (Wien 16.) ist auch die Teilnahme der Direktorin der Khomastura High School, Lydia Williams, geplant. Alle Preise werden im Rahmen eines klei-

nen Empfangs in Windhoek den jungen Fotograf/inn/en übergeben.

Wir trauern. Unser langjähriges Mitglied Dr. Hermann Spirik ist am 16. 2. im 74. Lebensjahr verstorben. Hermann arbeitete zunächst als Entwicklungshelfer und dann bis zu seiner Pensionierung in der Sektion Entwicklungszusammenarbeit im BKA bzw. BMaA. Wir werden sein Engagement, sein unkonventionelles Denken und seine Freundschaft vermissen. Hamba Kahle!

was Salzburg mit dem südafrikanischen Burenkrieg zu tun hat oder ...

... warum Eisenstadt in Karl Mays »Sklavenkarawane« vorkommt oder ob der erste schwarze Sklave Österreichs tatsächlich in Kärnten lebte – derlei Fragen stellten sich dem Autor im Verlauf seiner Fahrt durch das »Afrikanische Österreich«.

Entstanden ist daraus ein Reiseführer besonderer Art, der nach dem »grabe, wo du stehst«-Prinzip afrikanischen Spuren in Wien und den Bundesländern nachgeht und dabei überraschende Facetten österreichischer Geschichte und Gegenwart freilegt.

Die vorgeschlagenen Reiserouten führen Leserinnen und Leser in Kirchen und Museen, zu Denkmälern und Straßenschildern, machen sie mit Institutionen, Restaurants und Afroschops bekannt. Aus über fünfhundert Stationen formiert sich eine neue, afrikanische Geographie Österreichs. In ihr spiegeln sich Geschichten über Sklaverei und Kolonialismus, Mission und Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration wider.

WALTER SAUER, Autor des längst vergriffenen Standardwerks »Afrikanisches Wien«, lehrt am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien und ist Vorsitzender des Dokumentations- und Kooperationszentrums Südliches Afrika (SADOCC).

Walter Sauer (Hg.)

EXPEDITIONEN INS AFRIKANISCHE ÖSTERREICH

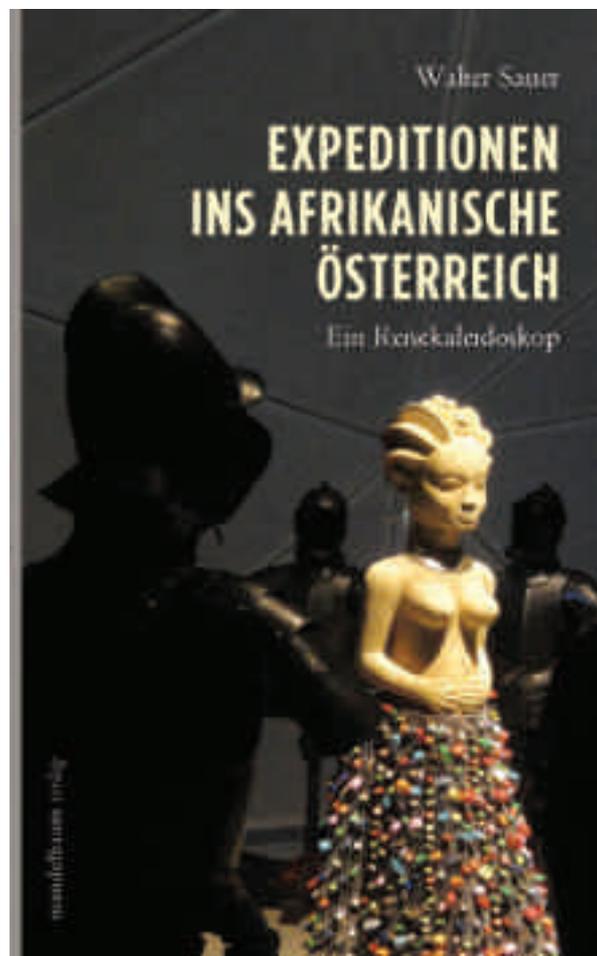
Ein Reisekaleidoskop

Euro 24,90, 480 Seiten, Klappenbroschur

Format 16 x 24 cm

ISBN 978-3-85476-451-9

Erhältlich im Buchhandel sowie bei SADOCC (kein Versand)



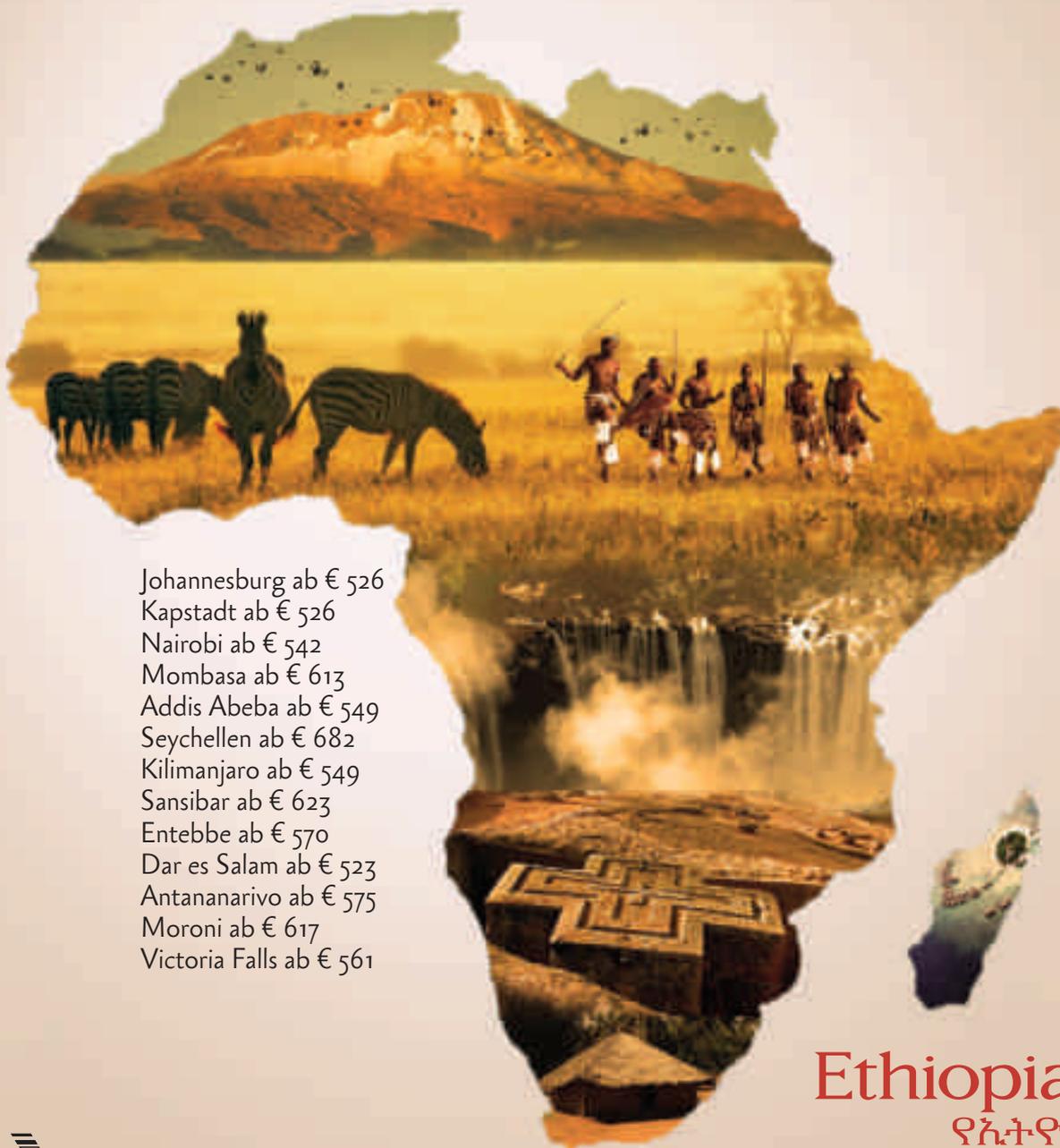
Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



Zu mehr als 55 Destinationen in Afrika zu unschlagbaren Preisen



Johannesburg ab € 526
Kapstadt ab € 526
Nairobi ab € 542
Mombasa ab € 613
Addis Abeba ab € 549
Seychellen ab € 682
Kilimanjaro ab € 549
Sansibar ab € 623
Entebbe ab € 570
Dar es Salam ab € 523
Antananarivo ab € 575
Moroni ab € 617
Victoria Falls ab € 561



Ethiopian
የኢትዮጵያ
THE NEW SPIRIT OF AFRICA

A STAR ALLIANCE MEMBER 